



ranten. Der Grubenbaron aus Verzweiflung radikaler Staatssozialist — das ist ein Bild für Götter!

Die Entrüstung der „Denkschrift“ geht an ihrer eigenen Lächerlichkeit zu Grunde. So kann nur Jemand denken und schreiben, der die nackte Brutalität zum Prinzip aufpflanzt. Und vor dieser Brutalität, vor dieser frechen Sprache preussischer Grubendepotat versagt die „Schneidigkeit“ einer Regierung, die ihre Schneidigkeit sonst, bei dem geringsten Kravall und bei der kleinsten rednerischen Uebertreibung eines Sozialdemokraten, so energisch betätigt. Wir sind überzeugt, daß die Regierungsgorgane jenen blutigen Dohn auf das 19. Jahrhundert sammt und sonders abdrucken, aber kein Wort der Zurückweisung für die Grubendepotaten haben werden, so wenig wie der „Reformminister“ Berlepsch, der ruhig zugehört hat, als ihm die Landtagskommission seine Novelle wie eine Schülerarbeit zusammenkorrigierte.

Aber je brutaler sich die herrschenden Klassen zu den Arbeiterforderungen stellen, desto früher kommt der Krach ihrer Herrlichkeit. Die oben geschilderten Vorgänge bei der preussischen „Bergarbeiter-Reform“ geben unseres Erachtens davon eine noch bessere Vorahnung, als die Verhandlungen bei der Revision der Gewerbe-Ordnung.

## Politische Ueberfluth.

Berlin, den 7. April.

**Aus dem Abgeordnetenhaus.** Am 7. April hat das Abgeordnetenhaus sich mit der von uns kürzlich behandelten Angelegenheit des Rügenischen Roffäthen Danwardt und Genossen beschäftigt. Und es ist endlich Aussicht vorhanden, daß der Rest d'inglicher Hörigkeit, der im „Rechtsstaate“ Preußen noch besteht, nunmehr verschwinden wird. Der erste Antrag Neutirch, auf Annahme eines Gesetzesentwurfs betreffend eine vorläufige Bestimmung über die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse behufs der Eigenthumsüberleitung in Neuvoorpommern und Rügen, in Verbindung mit dem dritten Bericht der Kommission für die Agrarverhältnisse über die Petitionen des Roffäthen Danwardt zu Mönkoy und anderer, wegen Einführung des Abschnittes III. des Ab Lösungsgesetzes vom 2. März 1850 in Neuvoorpommern und Rügen wird in zweiter Berathung im Plenum erledigt und offenbar angenommen werden. Der zweite Antrag Neutirch auf Annahme eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neuvoorpommern und Rügen, ist der Justizkommission überwiesen worden. Sogar die Herren v. Rauchhaupt und v. Beldy und Neutirch sprachen sich für die Anträge aus, forderten aber mit konservativer Biffigkeit — Ueberweisung an eine Kommission. Der erste Antrag, dessen Dringlichkeit — es handelte sich um Sein oder Nichtsein einer Reihe Bauernfamilien — dem Blödesten klar ist, entging diesem Schicksal. Der Minister für Landwirtschaft, Herr von Heyden, erklärte, er wisse noch nicht, wie sich die königliche Staatsregierung zu den Anträgen Neutirch stellen werde; er für seine Person stimme den Anträgen zu. Die Staatsregierung hätte wahrlich in den vielen Jahrzehnten übergenug Zeit gehabt, das schreiende Unrecht festzustellen und zu beseitigen. Ihr Verfahren ist sonst, wenn es sich um agrarische Interessen handelt, doch summarisch genug. Der Antrag der Agrarkommission, die Danwardt'schen Petitionen insoweit zur Berücksichtigung zu überweisen, als dieselben beantragen, 1. die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, betreffend die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Neuvoorpommern und Rügen, so wie derselbe von dem Hause der Abgeordneten unter Zustimmung der königlichen Staatsregierung in der Sitzung vom 25. Februar 1861 angenommen ist, dem Landtag wiederum zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen und in demselben die Aufhebung des Gesetzes vom 1. Mai 1854 vorzusehen, 2. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den unter Nr. 1 bezeichneten Gesetzesentwurf dem Landtag noch in dieser Session vorzulegen, ist angenommen worden. Schnelles Handeln thut noth, schon zu Ruh und Frommen der amtlichen — Fürsorge für die Enterbten. —

**Zu unserer Kritik der Bergwerks-Novelle.** Obwohl die von uns veröffentlichte Artikelserie zur Kritik der

Bergwerks-Vorlage noch nicht abgeschlossen ist — in der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlichten wir den vorletzten der ganzen Reihe — hat der „Reichs-Anzeiger“ verschiedene Einwände gegen die von uns vertretene Auffassung in einem längeren Artikel erhoben. Es beweist dies, daß unsere Ausführungen an die richtige Adresse gelangt sind; hätte das amtliche Organ oder hätten vielmehr seine Austragegeber sich in Geduld gefaßt, so wäre es ihnen möglich gewesen, auf die Gesamtdarstellung zu replizieren. Eine sachliche und eingehende Duplik auf die Entgegnung des „Reichs-Anzeigers“, die im Kultus des Unternehmerinteresses das Menschenmögliche leistet, die uns in unserer Regerei nur bestärkt hat, werden wir demnächst veröffentlichen. —

**Der Streit im konservativen Lager.** Nachdem Graf Wirbach im Herrenhause am 7. April dem Herrn von Hellborn's Bedra die Fehde angesagt hatte, war der Anfang zu der von dem Letzteren erhobenen „reinlichen Scheidung“ gethan. Am selben Tage hat die konservative Fraktion des Herrenhauses Herrn v. Hellborn ausgeschlossen. Die konservative Gruppe des Herrenhauses ist die typische Vertretung der „Kreuz-Zeitungs“-Politik, die Blüthe des orthodoxen feudalen Junkerthums. Die Grafen Bühl, Mindomström, von der Schulenburg-Bechendorf und wie sie alle heißen, repräsentieren nicht bloß den alten befestigten Grundbesitz, sondern auch die zu keinem Zugeständniß bereite starrnackige politische und soziale Reaktion. — Sie hat ihm, wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, geschrieben, daß derselbe nach den Vorgängen, speziell den Erklärungen in Nr. 14a des „Konservativen Wochenblattes“ selbst die Ueberzeugung haben werde, daß er der Fraktion nicht mehr angehöre. „Daß dieses Vorgehen der Konservativen des Herrenhauses“, heißt es in dem genannten Blatte noch, „weitere Konsequenzen haben wird, ist nicht zu bezweifeln. Voraussetzlich dürfte indessen bei der augenblicklichen Vertagung des Landtages während der Osterferien eine Eröffnung der leitenden Persönlichkeiten der konservativen parlamentarischen Fraktion auf die Erklärungen in dem „Konservativen Wochenblatt“ Nr. 14a an Herrn v. Hellborn erst nach Wiedervereinigung des Landtages erfolgen.“ Darüber, was die konservative Fraktion des Reichstags zu thun gedenkt, der das ausgestoßene Herrenhausmitglied gleichfalls angehört, äußert sich die „Kreuz-Zeitung“ nicht. Im Reichstage sitzen eben zu viel unsichere Rantonisten, die einschwenken wie die Regierung besteht, Gouvernemente, keine Deklaranten.“ Wenn die Konservativen einen offenen Konflikt hätten haben wollen, hätte der Eulenburg'sche Nachtragetat die günstigste Gelegenheit geboten. Jedoch der Tapferkeit besseres Theil, die Vorsicht, führte zu der von uns gewürdigten Aufhebung der Landtagskomodie am 5. April. Eine Auflösung des Abgeordnetenhauses wollen die Herren von der Rechten vermeiden. Sie wissen weßhalb. Ohne die Hilfe des amtlichen Wahlapparates, Präsidenten, Landräthe, Bürgermeister, Dorfschulzen, Nachwächter, Küster, Gendarmen, ist ein größerer Wahlerfolg der Konservativen, abgesehen von einer Anzahl ihnen als erblicher Domäne zugehöriger Bezirke, nicht zu erwarten. Als sie einmal mit Bismarck sich zu messen unternehmen, brutalisirte er die selbständige Rechte auf ganze vier Abgeordnete herunter. Und diese Kraftprobe schenkt die Weisheit der Feudalen. Ein Vorschlag zur Güte sei von uns gemacht: man führe für den preussischen Landtag das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht ein, löse das Abgeordnetenhaus auf und schreibe die Wahlen aus! Als demagogischen Kniff möchte etwelcher Junker wohl ganz gerne dies Experiment machen, wenn, ja wenn die Sozialdemokratie nicht schon die politische Macht wäre, die ihren triumphirenden Einzug am Dönhofsplatz hielt, so gut wie am Leipziger Platz. So läßt die Reaktion Alles beim Alten, so lange es eben geht. Wie lange noch, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir zur gelegenen Zeit recht energisch heischen werden. —

**Angenehme Temperatur.** „Bewußte Unwahrheit“ — oder in einem Wort ausgedrückt Lüge wird heute von der neukanzlerischen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, den altkanzlerischen „Hamburger Nachrichten“ auf die Stirne „festgenagelt“. Der Anlaß ist gleichgiltig. Jeden-

an einem Tage hinaus auf die Promenaden und setzt zur ungewohnten Stunde an Werkeltagen ganze Schaaren von Arbeitern im Feiertagskleide ernst und ruhig, aber unthätig dahin wandeln, eine stumme Protestation und doch eine fürchtbare, eine Appellation an den Geist der Humanität, nicht erhoben von den Gebildeten und sogenannten Besten der Nation, sondern von der so oft nur als Maschine angesehenen Klasse der Arbeiter.

Drängt sich Euch da nicht die Frage auf: Was wird aus dem Staate mit seinem ganzen kunstvollen Gefüge, wenn diese Maschine einmal dazu gebracht wird, stille zu stehen, während einer auch noch so kurzen Zeit?

Und eines Tages wird sie stille stehen, denn sie ist allgemach so weit gebracht worden, und alle Finessen der Staatskunst, alle Lügengewebe der Liberalen werden nicht im Stande sein, den Tag der letzten großen, der sozialen Revolution abzuwenden, wenn nicht bei Zeiten und mit dem erforderlichen Ernste an die Lösung des Problems gegangen wird. Bei allen Gefahren, und so auch bei denen einer heranziehenden Revolution, giebt es Leichtgläubige und Ungläubige, Gespensterfieber und Verhocke; sobald sie gemerkt und berechnet wird, sagt sie der Leichtgläubige für die nächsten Jahre fest an, der Ungläubige leugnet sie je hartnäckiger weg, je länger sie ausbleibt, und eines Tages ist sie da, Weiden zur Ueberraschung, denn auch der Leichtgläubige glaubt nie ernstlich an das, was er glaubt.

Solche Betrachtungen stellte der Redakteur des „Volk'sblattes“ für sich an, als er seinen Weg nach dem Saale zur „Zentralhalle“ nahm, in welchem, erfolgter Einladung von ihrer Seite gemäß, die feiernden Arbeiter ihn erwarteten, um aus seinem Munde eine theoretische Erklärung über das zu hören, was sie bereits praktisch gethan. So sehr drängt es den Arbeiter, der sich am meisten noch als Glied einer großen Menschengemeinschaft fühlt, sein individuelles Thun im Zusammenhange mit dem Allgemeinen zu erblicken.

Ein Streik, eine Arbeitseinstellung, meine Herren, erklärte Lange, ist ein kurzweiliges und kurzathmiges Hilfsmittel, und je kurzathmiger, je leerer Ihr Beutel ist. Als Mittel zur Erzwingung eines höheren Lohnsatzes ist er fast durchweg

falls handelt die „Norddeutsche“ nach dem Sprichwort: Den Saak schlägt man, den Esel meint man. —

**Deutsche Konsuln und russische Aufträge.** Deutsche Konsuln versehen die Interessen Auslands in Bulgarien, deutsche Konsuln in Sofia und Ruzschul schützten russische Mordmörder und sonstige Strolche der jarischen Verschwörer-gesellschaft vor der gerechten Bestrafung — wir erinnern an die Subjekte Volkmann und Kalublow —, und dieser Fall kann bei der munteren Regsamkeit der russischen Regierung's-Bravi sich noch des Oestern wiederholen. Ist dieses Verhalten vereinbar mit dem geehrierten Grundsatz der „nationalen Ehre“? Mag Rußland sich vertreten lassen von wem es will, Deutschland hat keine Veranlassung, die Geschäfte des „Erfremds“ zu führen. Die Erörterung dieser Frage im Reichstage thut noth. —

**Vom Krieg im Frieden.** Da jetzt wieder, so wird der „Vossischen Zeitung“ aus Mainz geschrieben, der Gebrauch der Schusswaffen seitens der Militärposten erdetert wird, so sei daran erinnert, daß in Mainz vor einer Reihe von Jahren, ähnlich wie kürzlich in Berlin, zwei Unschuldige von einem militärischen Wachtposten angeschossen wurden. Derselbe wollte auch einen Arbeiter treffen, der ihn gedenkt hatte: die Kugel verfehlte aber ihr Ziel und traf zwei Unbetheiligte, von denen der Eine der erhaltenen schweren Verletzung erlag. Ob der Posten auch zum Gezeiten ernannt und belobigt worden ist, darüber wird nichts gemeldet. —

**I will mei Ruh' hob'n.** Im Münchener Landtagssumpf ist es den Herren vom Centrum und von der Linken so kannibalisch wohl, daß sie beileibe nicht das schwerfällige und ungerechte indirekte Wahlrecht aufgeben möchten. Schon der Einbruch in die Wahlkreisgeometrie ist verpönt. Gerade so ist es mit dem Gemeindevahlrecht, das der Tummelplatz der Geschlechter- und Bettelwirthschaft ist, das Antragsstüberl deutsch-freimüthiger, nationalliberaler, ultramontaner Profit- und Gewatterpolitik. So wundern wir uns auch nicht darüber, daß der Petitionsausschuß der bayrischen Abgeordneten-Kammer einstimmig beschlossen hat, die Petitionen betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Landtagswahlen als zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet zu erklären, in der Erwägung, daß abgesehen von dem Bedenken, welches in der Aenderung eines Verfassungsgesetzes während der Regentenschaft liegt, die für die Abstimmung über eine gesetzlich fixirte Wahlkreiseinteilung nötige Zweidrittelmehrheit nicht erreichbar erscheint. Diese zarten Verfassungsbedenken haben die Abberiten der bayerischen Kammer, „Patrioten“ und Liberale, nicht abgehalten, ein verfassungsmäßig festgelegtes Reservatrecht, die Branntweinbesteuerung, schlanke Weg vorzuzugehen. Trotzdem werden die Herren Landstände sich vor dem Eindringen der „Sozi“ nicht schümen können: 1887 wäre mindestens ein Münchener Landtagsstich von der Sozialdemokratie erobert worden — der Kandidat hatte das Mehr an Stimmen —, wenn nicht die tapferen Liberalen ihre 4 Wahlmännerstimmen den angeblich so tiefgehaßten „Schwarzen“ freundschaftlich in den Stimmtopf geworfen hätten. Diesmal werden München und Nürnberg voraussichtlich die Rasse, an denen sich die bürgerlichen Parteien für den Landtag die Zähne ausbeissen werden. Die Reichstagsmandate sind ihnen ja längst entwandten. Die Petitionskommission — und das ist gleichbedeutend mit den Plenarbeschlüssen — will auch nicht, daß die Petitionen, betr. die Abänderung des Gemeindevahlrechts im Plenum erörtert werden. Die Sozialdemokraten sollen den Gemeindevahlrecht nicht in die Suppe spucken, deshalb wird ein Wahlrecht konservirt, das einer Hand voll „Bürger“ alle Rechte, den Steuerzahlern in ihrer erdrückenden Mehrheit aber nur Pflichten auf-erlegt. —

**In der That ein Verbrechen.** Nun wissen wir's. Die „Kreuz-Zeitung“ sagt über die dynamitwüthigen Polizei-anarchisten:

„Nicht geringe Wahrscheinlichkeit spricht auch dafür, daß zum mindesten ein Theil der erschütternden Betriebsunfälle aller Art, wie sie namentlich beim Bergbau immer häufiger werden, sowie die vielen großen Feuerschäden der letzten Zeit auf verbrecherische Anschläge dieser Art zurückzuführen sind.“

Das feudale Organ hat Recht, die Anarchisten sind die

„Nun, meine Herren, darauf habe ich nur eine Antwort: ich halte hier Niemanden gegen seinen Willen zurück; wem's nicht gefällt, der kann zur geeigneten Zeit gehen; ich bekomme Arbeiter, so viel ich will.“

So ist der Augenblick gekommen, Herr Findeisen, in welchem ich Ihnen im Namen aller Ihrer Arbeiter mitzutheilen haben, daß wir allesamt am nächsten Freitag die Arbeit bei Ihnen einzustellen beschlossen haben, wosfern Sie sich nicht inzwischen eines Andern besinnen.“

„Ich werde Sie alle mit Vergnügen gehen sehen, das seien Sie so freundlich, Ihren Auftragsgebern mitzutheilen. Und nun wüßte ich nicht, was Sie hier noch zurückhalten könnten. Ich habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen.“

„Meine Arbeiter werden einige Wochen von ihren Renten leben“, bemerkte Findeisen, als die Deputation sich schweigend entfernt hatte, zu seiner Umgebung; „daß sie das können, wird meinem Geschäfte zur Ehre gereichen; und wenn sie das Spaziergehen satt haben, werden sie schon zur Fütterung in den Stall zurückkommen.“

Nach diesem zynischen Witz entließ der Fabrikherr das Beamtenheer und die Leute seines Komptoirs.

Das Zusammenwirken einer großen Anzahl von Menschen hat jeder Zeit etwas Achtung Einflößendes; Geist und Körperkraft scheinen verhdoppelt, schon wenn ein Genie die Hunderte oder Tausende von Kräften leitet. Größer noch und gewaltiger erscheint das Wirken dieser vereinten Kräfte, wenn an der Stelle des einen leitenden Geistes ein leitendes Gefühl sie führt, und Jeder aus seinem Geistes-schatze etwas hinzubringt. Mittel und Wege werden dann so mannigfaltig wie die Formen der Natur. Aber nicht bloß die gemeinschaftliche That, auch das von einer bestimmten Absicht beherrschte Nichtthun hat einen großartigen Charakter an sich. Wenn Ihr an eine Maschine herantretet, die Ihr zunächst in ihrer vielfältigen Thätigkeit und in ihren verschiedenartigen Diensten betrachtet hattet, denkt Ihr nicht mit einer gewissen Bekommenheit an die Möglichkeit einer Störung dieser sich so mannigfach bethätigenden Maschinerie, wenn nur eines dieser Räder zerbricht, eine Schraube sich lockert, ein Ventil schadhaft wird? Nun geht

zu widerrathen, weil ein allgemeines Steigen der Löhne auch eine allgemeine Vertheuerung der Waaren zur Folge hat und nur den Unternehmervogel durch höhere Prozente steigert. In für Sie unglücklichen Zeiten aber gehen die auf solchem Wege erzielten Lohn erhöhungen fast ausnahmslos wieder zurück. Die vielen Nachtheile, welche eine solche Arbeitseinstellung für die Einzelnen haben kann, deren Interessen zerrüttet werden, den Schaden, welchen das Weltkapital durch dauernde Nichtthätigkeit einer großen Zahl arbeitsfähiger Kräfte erleidet, will ich hier nicht weiter erörtern, da Sie sich das Nötige hierüber selbst sagen können. Das Alles ist in Betracht zu ziehen, wenn man die begründetste Aussicht hat, daß der beabsichtigte Streik gelingt; es tritt mit doppelter Wucht an Sie heran, wenn er, wie meistens der Fall, mißglückt. Bei willkürlicher Lohnherabsetzung ist der Streik als Schutzmaßregel zwar immer noch bedenklich, aber jedenfalls notwendig, namentlich in Rücksicht auf Ihre Standesgenossen, welche Gefahr laufen, von einer gleichen Schädigung betroffen zu werden, wenn sie an Ihnen strafflos vorübergegangen. Im Allgemeinen ist als Ziel des Streiks immer eine Herabsetzung der Arbeitszeit einer Lohnhöhung vorzuziehen; denn die Unternehmer streben nach Einführung einer möglichst langen Arbeitszeit, um möglichst wenig Arbeiter zu verwenden und dadurch das Angebot von Arbeitskräften zu vermehren. Ihr Streben muß das entgegen-gesetzte sein, nämlich die Arbeitszeit so lange bei den Einzelnen zu verlängern zu suchen, als nicht alle Arbeitskraft zur geeigneten Verwendung gebracht ist. Ihre Kollegen in den anderen Werkstätten haben natürlich ein eigenes Interesse dabei und eine moralische Verpflichtung, Sie in Ihrem sogenannten passiven Widerstande zu unterstützen, was auch sofort angeregt werden muß. Sie selbst aber können die Wirkungen Ihres Schrittes sichern, wenn Sie so schnell wie möglich auswärts Arbeit suchen oder hier an Plage eine Arbeit, sie sei, welche sie wolle, — denn keine schändet — für sich ausfindig machen, um die Anzahl der zu Unterstützenden möglichst zu verringern. Im Uebrigen bleiben Sie fest, ruhig und muthig im Bewußtsein einer guten That!“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter der meisten jener furchtbaren Bergwerkskatastrophen, die hunderte und hunderte von Proletariern zu Grunde richten, die Anarchisten des Geldsackes, die Ruchniesser der anarchischen Wirtschaftsweise, die kapitalistischen Plutarchen, die den Bergmann in den Tod gehen lassen, trotzdem sie gewarnt sind. Wir erinnern nur an das Unglück von Andelsbuch, dessen Eintritt durch die unwiderlegliche Beweisführung des Barometerstandes vorausgesagt war und nicht verhindert wurde, weil der Profit höher steht als Menschenleben, als Arbeiterexistenzen. Und was die Feuerkatastrophen betrifft, so mögen die Staatsmänner der „Kreuzzeitung“ irgend einen Inspektor irgend einer Feuer-Versicherungsgesellschaft einmal unter vier Augen befragen, und sie werden erfahren, wo die Brandstifter in erstaunlich hohem Prozentsatz zu suchen sind: der Besitz einer Police ist oft genug das Mittel — Geld zu machen. —

**Unfälle im Bergwerksbetriebe.** Im Jahre 1891 waren auf den Bergwerken des Deutschen Reiches, die der Knappschäfts-Vereinsgenossenschaft angehören, 421 137 Arbeiter thätig gegen 398 580 im Jahre 1890. Von den Beschäftigten sind bei der Ausübung ihres Berufes 980 Mann oder 2,32 auf 1000 zu Tode gekommen, gegen 824 oder 2,07 auf 1000 im Jahre vorher. Von den Verletzten wurden 1971 dauernd oder theilweise erwerbsunfähig, völlige Erwerbsfähigkeit trat bei 371 Verletzten ein. Vorübergehend erwerbsunfähig wurden 632 Mann. Die Zahl der seitens der Knappschäfts-Vereinsgenossenschaft entschädigten Unfälle war 3954, die Summe der gezahlten Renten bezw. Entschädigungen betrug 3 805 976,57 M. gegen 3 059 619,98 M. im Jahre 1890. Auf die Sektion 2 (Bodum), den Hauptstich der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie, den Brennpunkt aller arbeiterfeindlichen Unternehmer-Machenschaften, entfallen 461 tödtliche Verunglückungen, an Entschädigungen zahlte die Sektion 1 744 489,78 M. gegen 1 391 849,7 M. im Jahre 1890. Die nächstern Zahlen beweisen, welcher gefährlicher Beruf die Grubenarbeit ist. —

**Die Einigung der französischen Sozialisten.** In frischem Gedächtnis ist es, daß im Jahre 1889, als die Sozialdemokratie aller Länder ihre Abgeordneten nach Paris entsandt hatte, um dem Gedanken der internationalen Verbrüderung der Arbeiter Ausdruck und praktische Verwirklichung zu geben, die Sozialisten Frankreichs in getrennten Gruppen einander gegenüberstanden, und daß alle Bemühungen vergeblich waren, der Arbeiterwelt das beschämende Schauspiel zweier nebeneinander tagenden internationalen Verbrüderungskongresse zu ersparen. Das Unnatürliche und Schädliche eines solchen Zustandes trat damals so greifbar zu Tage, daß die feindlichen Brüder sich der Pflicht der Versöhnung nicht länger verschließen konnten. Einige Persönlichkeiten setzten die alten Fehden zwar noch fort, allein die große Mehrzahl verzichtete durch stillschweigenden Vertrag auf Fortsetzung des Kampfes — und, einmal die Waffen niedergelegt, bahnte die Annäherung sich allmählig von selbst an. In Brüssel waren alle Gruppen der französischen Arbeiterpartei vertreten, und, obgleich unter ihnen nicht in allen Fragen Uebereinstimmung herrschte, so gingen sie doch im Großen und Ganzen einträchtig zusammen und Differenzen irgend erheblicher Art kamen nicht vor. Seitdem hat das Werk der Versöhnung fortwährend Fortschritte gemacht. Die Arbeiterpresse Frankreichs im letzten Jahr von den persönlichen Händereien, durch die sie so lange verunglückt wurde, ganz frei gelassen. Zur Feier des 1. Mai, die einen Augenblick ernste Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen schien, haben alle Gruppen beiderlei geemigt, und jetzt erfahren wir, daß der „Parti Ouvrier revolutionnaire“ — die revolutionäre Arbeiterpartei — welche auf gleichem Programmboden steht, wie die deutsche Sozialdemokratie, in einer feierlichen von Jules Guesde und Lafargue unterzeichneten Erklärung ihre vollständige Ausöhnung mit den Possibilisten bekundet hat. Zwei oder drei „Führer“ werden vielleicht bei Seite stehen bleiben, aber die Mannschaften sind einig, und alle tüchtigen „Führer“ kämpfen in der geeinigten Partei. Die bürgerliche Presse macht aus ihrer Unzufriedenheit über diesen Schritt kein Hehl; desto mehr Grund zur Befriedigung haben wir, und wir freuen uns um so mehr, als die kombinierte Aktion der Polizei-Anarchisten darauf berechnet war, die Stellung der französischen Kapitalistenklasse zu befestigen. Jetzt mag Herr Constans noch hundert Ravachols loslassen — sie können nicht verderben, was durch die Einigung der französischen Arbeiter gut gemacht worden ist. Die Folgen der Ausöhnung werden bei der Vorbereitung des 1. Mai und bei der Organisation und Agitation im Allgemeinen, namentlich aber auch in der Kammer sich zeigen, wo bisher die verschiedenen Gruppen einander lahm legten, so daß der französische Sozialismus, trotz der Beredsamkeit und Prinzipientreue einzelner Abgeordneten, bisher zu keiner würdigen parlamentarischen Vertretung gelangen konnte. —

**Die Maiseier in Frankreich.** Wie wir bereits gemeldet, hat das nationale Arbeiterssekretariat Frankreichs einen Aufruf für den 1. Mai erlassen, in welchem es u. A. heißt: „Der 1. Mai ist in der ganzen Welt zur Kundgebung der Arbeit geworden. An diesem Tage müssen die Arbeiter in jedem Lande, ohne Rücksicht auf die Grenzen, ihre Gemeinsamkeit bekunden. Das müssen sie in ihren gemeinsamen Anforderungen thun. Eine derselben ist bereits allgemein: die Einschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden. Andere gelten besonders für verschiedene Länder. In Frankreich wollen wir die Abschaffung der Stellenbüreau, welche ein Ueberbleibsel des alten Sklavenhandels sind; welche die Verpflichtung für die Unternehmer, sich in diese Bedingungen zu fügen: Annahme des achtstündigen Arbeitstages, Gewährung eines Mindestlohnes, Sicherheit und Gesundheitspflege in den Werkstätten, den Fabriken, den Bergwerken; endlich die Uebertragung der städtischen und Bergwerken an die Arbeitergewerke.“ Das Organisationskomitee für die Kundgebungen am 1. Mai hat am 6. April beschlossen, daß keine Abordnung an die öffentlichen Gewalten geschickt werde, ein einziges großes internationales Meeting solle an dem betreffenden Tage abgehalten werden, unbeschadet korporativer Vereinigungen. Am Abend solle keine Kundgebung auf der Straße veranstaltet werden. —

**Französische Kolonialabenteuer.** Behanzin, der Regent von Dahomey, ist heuer der Popanz der französischen Kolonialpolitik. Nachdem ihm Frankreich einen Jahresgehalt von 16 000 M. bewilligt hat, revanchiert er sich, wie schon berichtet haben, mit einer des zivilisirtesten

Europäers würdigen Dankbarkeit durch Kriegszüge gegen die französischen Siedelungen. In der Budgetkommission der Kammer haben der Ministerpräsident Doubet, der Minister des auswärtigen Aribot und der Unterstaatssekretär für die Kolonien Jamsais in Betreff der für den Sudan gesforderten Kredite erklärt, es handle sich um Befestigung der Stellung Frankreichs im Sudan, nicht um eine Erweiterung der dortigen französischen Besitzungen. Frankreich müsse unter allen Umständen seine Stellung in Dahomey wahren und erhalten. Es würden die erforderlichen Maßregeln zum Schutze der französischen Staatsangehörigen ergriffen werden. Eine Expedition nach Abomey sei gegenwärtig nicht notwendig, das Ergebnis einer solchen Expedition würde zu den aufgewendeten Mitteln in keinem Verhältnis stehen. Verlangt wird ein Kredit von 2 925 000 Franken (2 340 000 M.). Auch in Tonkin, in dessen Irrsiale Ferry die Franzosen hineingezogen, geht es drunter und drüber, trotzdem erst kürzlich von Antswegen versichert worden war, daß Land sei „pazifizirt“. —

**Fortschritte der Sozialdemokratie in Dänemark.** Am 1. April hat unser dänisches Bruderblatt, eine der verbreitetsten dänischen Zeitungen, der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ sein zwanzigjähriges Jubiläum gefeiert und in der Festnummer einen Ueberblick über den Fortgang der Bewegung in den letzten zwei Jahrzehnten gegeben. Im Jahre 1872 gab es in der Hauptstadt Dänemarks 3000 sozialistisch organisierte Arbeiter in der von der Internationalen Arbeiter-Assoziation gegründeten Vereinigung. Auf dem Kopenhagener Parteikongreß im Jahre 1890 wurde zahlenmäßig festgestellt, daß die Arbeiterpartei 109 politische Vereine mit 14 000 Mitgliedern und 281 Fachvereine mit 31 000 Mitgliedern zähle. Jetzt sind über 50 000 Arbeiter in sozialistischen Vereinen vertreten. Auch bei den Wahlen hat die gut organisierte Partei große Erfolge errungen. Im Jahre 1872, als die Partei zum ersten Male ihre eigenen Kandidaten aufstellte, erhielten diese in 5 Kreisen nur 315 Stimmen, bei den Wahlen im Jahre 1884 wurde der Sozialist Holm mit 5390 Stimmen gewählt, und 1890 wurden 10 sozialistische Kandidaten aufgestellt, welche zusammen über 17 000 Stimmen erhielten, und 8 Sozialisten siegten in Kopenhagen: Holm, Hørdum und Jensen. Die Regierung hat diesmal den Wahltermin so kurz wie möglich befristet, um eine tiefgehende Agitation der Regierungsgegner zu verhindern, vor Allem um der Sozialdemokratie ein Bein zu stellen, welche mit der Reaktion und der kleinbürgerlich gestimmten Bauerndemokratie einen harten, aber voraussichtlich erfolgreichen Strauß ausfechten muß. Herr Estrup, der Duobey-Bismarck Dänemarks, agitirt wider Willen für die Arbeiterbewegung nach dem leuchtenden Vorbilde des Vazinesen. —

**Die Schlacht um die Arbeiter.** In England wird der bevorstehende Wahlkampf, auf welchen sich alle Parteien mit gleichem Eifer vorbereiten, nicht wie der letzte hauptsächlich um die irische Frage sich drehen, sondern um die soziale Frage — was an sich schon ein bedenklicher Fortschritt. Es wird in Wahrheit, wie ein englischer Politiker sich ausgedrückt hat, eine Schlacht um die Arbeiter sein. Wer die Arbeiter gewinnt, hat den Sieg. Und Liberale wie Konservative wetteifern darum in Bärtlichkeiten gegen die Arbeiter, und suchen einander mit Versprechungen zu überbieten. Die Arbeiter sind aber sehr zurückhaltend; sie haben mit den bürgerlichen Parteien — nennen sich dieselben nun liberal oder konservativ oder radikal — schon so bittere Erfahrungen gemacht, daß sie den alten Singspielglauben verloren haben. Und mehr denn jemals zuvor tritt in Arbeiterkreisen das Bestreben hervor, als selbständige unabhängige Partei vorzugehen. Sollte die Masse der englischen Arbeiter zu dieser Erkenntnis gelangen und dementsprechend handeln, so wäre das nicht bloß von größter Tragweite für die englische Arbeiterbewegung, sondern auch, in seiner unmittelbaren Wirkung, die beste Politil. Geben die Arbeiter sich wieder dazu her, einer bürgerlichen Partei — gleichviel welcher — Hand- und Spanndienste zu leisten, so werden sie unschlagbar betrogen, wo hingegen sie, bei kluger Ausnutzung des Streits der beiden bürgerlichen Hauptparteien, wichtige Konzessionen, z. B. den Achtstundentag, werden erzwingen können. —

## Parteinachrichten.

**Zur Maiseier.** Die Arbeiterpartei von Halle a. S. hält am 30. April, Abends, eine Volksversammlung ab und zieht am 1. Mai — von der Stadtgrenze ab in geschlossener Zug und unter Musikbegleitung — nach der Wischowsche. Abendfeier findet am 1. Mai nicht statt. — Der Chemnitzer Magistrat hat das Gesuch der Sozialdemokratie, für die Maiseier den Festplatz am Rückwald zur Verfügung zu stellen, abgelehnt.

**Preussische Landgemeinde-Wahlen.** In Groß-Buchow bei Spremberg wurden in der 3. Klasse die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Zwei derselben waren kürzlich ihrer Ueberzeugung wegen aus dem Militärverein ausgestoßen worden.

**Verwaltungsgerichts-Wahlen.** In Barmen und Ronsdorf siegten die sozialdemokratischen Kandidaten.

**Aus der sozialdemokratischen Presse:** Der Leipziger „Wähler“ über die französischen Dynamit-Attentate:

Auch noch andere Blätter als die „Kreuzzeitung“ geben der Ansicht, daß Regierungsmänner die intellektuellen Urheber der gemeldeten Schandthaten sein könnten, mehr und mehr Raum. Gleichwohl fährt der größte Theil der deutschen Presse fort, die Sozialdemokratie für die Explosionen mitverantwortlich zu machen, lediglich um unsere, die sozialdemokratische Partei zu verlästern und zu verleumdern.

Allein, je größer dieser Schwindel getrieben wird, um so schlimmer wird auch der Zusammenbruch erfolgen und die Gegner der Sozialdemokratie werden dann um so anfälliger als Wagner und Verleumder dastehen.

Der Schrecken, den man mit der nicht wahrheitsgemäßen Behauptung über die Urheberchaft der Bombenattentate absichtlich verbreitete, wird hoffentlich schnell verwunden werden, wenn bekannt wird, daß die angeblichen Stützen des Staates Frankreich, die Regierung selbst der Urheberchaft schuldig ist. Und wenn immer von Neuem gemeldete Schreckensnachrichten mit einer vorliegenden Darstellung ins Volk geworfen werden, wird man schließlich den Lügneren nichts mehr glauben, der beabsichtigte Schrecken verfehlt seine Wirkung.

Zu erwägen braucht die Sozialdemokratie über die Behauptung, daß sie mit den Anarchisten in Verbindung stehe, nicht.

Diese unbewiesene Behauptung diskreditirt ihre Verbreiter selbst sowie das von ihnen verteidigte System.

**Eine sozialdemokratische Parteikonferenz für Anhalt** tagte am vergangenen Sonntag in Dessau. Vertreten war Dessau mit 6, Zerbst mit 5, Köthen mit 4, Bernburg mit 2, Naumburg mit 1, Etterich mit 1, Alten mit 2, Roswig mit 1, Klein-Rahnau mit 1 und Nienburg mit 1 Delegierten. Außerdem waren zahlreiche Gäste anwesend. Die Verhandlungen betrafen zunächst die Preisverhältnisse in Anhalt. Seit Januar ist die Abonnentenzahl des „Volksblatt“ um ca. 700 gestiegen, so daß das bekanntlich erst seit kurzer Zeit bestehende Blatt sich bald deckt. Man beschloß, eine Zeitungscommission zur Aufsicht über das Dessauer „Volksblatt“ einzusetzen. Ueberschüsse sollen der Partei zu gute kommen, wie auch ein etwaiges Defizit von dieser zu tragen ist. Den Genossen wird zur Pflicht gemacht, in Parteiangelegenheiten (wie Versammlungen u.) nicht mehr in gegnerischen Blättern zu inseriren; vielmehr ist von der betreffenden Nummer des „Volksblatt“ eine genügende Anzahl von Exemplaren zu bestellen und an dem betreffenden Orte zu verteilen. Sobann wurde in der Redakteurfrage Beschluß gefaßt. In Sachen der Agitation ist der Preskommission empfohlen, besondere Agitationsnummern zu drucken und auf dem Lande zur Verbreitung zu bringen. Als Kandidaten für den Anhalter Reichstags-Wahlkreis stellte man den Genossen H. Peus auf. Bezüglich der Maiseier wurde beschlossen, in allen Orten von öffentlichen Versammlungen Festkomitees wählen zu lassen. Mai-Festzeitungen und Festzettel sollen gemeinschaftlich bezogen werden. Als nächster Konferenzort wurde Bernburg gewählt und der Vertrauensmann von Dessau mit der Leitung der Parteiangelegenheiten von Anhalt beauftragt.

**In Lennepe** wurde die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins beschlossen.

**Aus Neu-Hütten** wird uns geschrieben: Unser Ort ist ein kleines Fabrikstädtchen, welches vorzugsweise Tuch und Buckstein produziert. Diese Waare hatte sich in Laufe mehrerer Jahrzehnte unter dem Namen „Lenneper Tuch“ durch ihre Güte einen bedeutenden Ruf erworben und ging größtentheils nach Amerika und dem übrigen Ausland. Als die Mac Kinty-Will in Wirkung trat, gingen die Geschäfte vollständig zu Boden an, und jetzt hat die Arbeitslosigkeit eine wahrhaft bedenkliche Höhe erreicht. Eine Anzahl Arbeitslose werden mit kommunalarbeiten beschäftigt, eine vielleicht noch größere Zahl ist theilweise oder ganz arbeitslos, und diejenigen Arbeiter, welche noch in den Fabriken beschäftigt sind, haben einen so mangelhaften Verdienst, daß sie sich Lebensbedürfnisse, welche zu den nothwendigsten gerechnet werden müssen, nicht mehr beschaffen können. Würde man den Lohn sämtlicher männlicher erwachsener Arbeiter summiren und den auf jeden derselben entfallenden Durchschnitt ausrechnen, so würden auf den einzelnen Arbeiter sicherlich noch nicht zehn Mark Wochenverdienst herauskommen. Ich will nun versuchen, ein wahrheitsgetreues Bild von diesem Mittelstande zu entwerfen. Noch vielleicht vor einem Jahre, als der Druck der Verhältnisse nicht so auf der Bevölkerung lastete wie heute, war das Spießbürgertum so wie auch die bürgerliche Bevölkerung noch sehr hochjahrend. Wenn von Sozialdemokraten oder deren Bestrebungen gesprochen wurde, zuckte man verächtlich die Achseln. Damit war die Sache abgethan; man hielt es nicht für der Mühe werth, sich auf dieses Thema einzulassen, oder wurde grob oder machte sich darüber lustig. Heute hat sich das gewaltig geändert. Hörte man früher fortwährend sagen: „Gute Bestrebungen sind Unsinn, das kommt nie!“ so ist heute das Lösungswort: „So, wie es jetzt ist, kann es nicht lange mehr bleiben.“ Wenn auch diese Leute natürlich noch lange keine angestrebten Sozialdemokraten sind, fangen sie doch an, sich unserer Anschauung immer mehr zuzuneigen. Ein Kleinbauer, dem ich unsere Bestrebungen klar legte, also ihm auch sagte, daß und warum er sein Besitzthum an die Allgemeinheit abtreten sollte, erklärte mir zum Schluß: „Wenn das so kommt, wie Du mir da erklärt hast, dann können sie morgen meinen Hof (Ackergut) kriegen und zwar ohne daß ich einen Pfennig dafür bekomme.“ Das es noch viele reaktionäre Elemente unter dem Mittelstande giebt, ist selbstverständlich. Auch spielt die Muckerei, katholischer wie evangelischer Observanz, hier noch eine große Rolle. Was die zurückgebliebenen, nicht mit dem Zeitgeist fortgeschrittenen Elemente anbetrifft, so neigen dieselben häufig der Muckerei, besonders der evangelischen, dem sogenannten „Feinwerden“ zu. Warum diese Leute „fromm“ wurden? Nun, sie sind zu unauferklärt, um begreifen zu können, daß sie nur von sich selbst, von ihrer Mitwirkung an der Besserung der sozialen Verhältnisse, nicht von einem auferweltlichen Wesen das Heil zu erwarten haben. Durch die Noth genungen, irgend einen Halt zu suchen, werfen sie sich in ihrer hoffnungslosen Verzweiflung der Geißlichkeit in die Arme. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß der größte Theil der sogenannten Frommen der Geißlichkeit den Rücken kehren würde, wenn wir Verhältnisse hätten, die jedem Gesellschaftsmitgliede sein genügendes Auskommen sicherten. Im Großen und Ganzen hat auch hier unsere Bewegung Fortschritte gemacht; nur sind die meisten nicht in der Lage, sich finanzielle Opfer auferlegen zu können, so daß die mit Kosten verbundene Beteiligungen an Versammlungen, Vereinen, am Zeitungsabonnement etwas zurückgegangen ist. Wenn die Geschäfte sich bessern, wird sich das wieder zu unseren Gunsten ändern.

**Todtenliste der Partei.** In Ronsdorf ist der Textilarbeiter August Holz gestorben. — In Wiesbaden ist einer unserer besten dortigen Parteigenossen, der Schuhmacher Jakob Kohlhofer, 30 Jahre alt, an der Schwindsucht verstorben. Ein nach Hunderten zählendes Leichengelage erwies ihm die letzte Ehre.

**Polizeiliches, Gerichtliches u.** — Redakteur Gwald von der „Brandenburger Zeitung“ hat am Donnerstag eine dreiwöchentliche Gefängnisstrafe angetreten.

— Aus Mainz wird uns geschrieben: Die Polizei gebietet jetzt in allen öffentlichen Versammlungen um 11 Uhr Feierabend. Bekanntlich besteht in Hessen kein Vereinsgesetz; Versammlungen brauchen nicht angemeldet zu werden. Wir nehmen nun an, daß, wo keine Anmeldepflicht besteht, man auch nicht verpflichtet ist, sich überwachen zu lassen. Der anwesende Polizeikommissar wäre danach kein Ueberwachungsbeamter nach preussischem Muster, sondern nur Besucher der Versammlung wie jeder Andere. Um nun in der Sache Klarheit zu schaffen, ob die Polizei das Recht hat, mit dem Feierabendbieten die Versammlungen zu stören oder ob sich ihre Verjüngung höchstens soweit erstreckt, dem Wirthe den Ausschank von Getränken zu verbieten, wird jetzt bis zur letzten Instanz vorgegangen werden.

— In Selsenkirchen war eine Versammlung des Arbeiter-Vereins von Ueberwachenden aufgelöst worden, weil man die Arbeitermarzellaise gesungen hatte. Auf die eingelezte Beschwerde hat die Polizeiverwaltung das Ungeheuerliche der Maßregel anerkannt. Ganz schön! Aber an dem Thatbestande, daß die Versammlung durch den Polizeibeamten solchermaßen gestört wurde, wird dadurch nichts geändert.

## Soziale Ueberblick.

Ein neuer Kutscherkrieg ist in Paris ausgebrochen. Es sind indes nur die Kutschen von kleineren Gesellschaften, in Zahl von circa 1100, daran theilhaftig. Der Streik der Vergleite von Biscaya (Spanien) endete mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter.

**Theater.**  
 Freitag, den 8. April.  
**Opernhaus.** Freund Frih. Die Puppenfee.  
**Schauspielhaus.** Das Buch Hiob. Die Philosophin. Meister Andra.  
**Deutsches Theater.** Faust.  
**Lesing-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Rean.  
**Wallner-Theater.** Der Löwe des Tages.  
**Residenz-Theater.** Der kleine Schwenkender (Ferdinand le noceur).  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Das Sonntagkind.  
**Thomas-Theater.** Reis-Reislingen.  
**Parkalliance-Theater.** Pechschulze.  
**Ostend-Theater.** Berlin im Jahre 2000.  
**Adolph Ernst - Theater.** Der Langtanzel.  
**Feenpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American - Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eiskeller.** Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.

Mittwoch, den 13. d. Mts., letzte Vorstellung in dieser Saison.

**Circus Renz.**  
 Karlsrufer.  
 Freitag, den 8. April 1892, Abends 7 1/4 Uhr:  
 — Zum 199. Male: —  
 „Auf Helgoland“  
 oder: Ebbe und Fluth. Große hydrologische Ausstattungen - Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor E. Renz. National-Tänze (65 Damen) u. Dampf-schiff- und Bootfahrten, neue überraschende Licht- und Feuerwerke. 80 Fuss hohe Resonanzfontaine.  
 Außerdem: Elmar (Strichspringer), vorgeführt von Frau O. Oesana Renz. Colmar, geritten von der beliebten Schutzeiterin Frau Clotilde Hager. Schulpferd Oyd, ger. v. Herrn Gaderol. Sisters Lawrence am Sieg. Trapez. Auftreten der Künstlerfamilie Briatore als Akrobaten. Miss Edith, Jockey-reiterin. Mr. Adolf Delbosq, Galto-mortalesreiter. Mlle. Rosa, Parforce-reiterin u. Komische Entrees von sammtl. Klownen u.  
 Morgen: **Gala-Fest-Vorstellung** zur Feier der 200. Aufführung des Wasser-schauspiels „Auf Helgoland“. Täglich: Auf Helgoland.  
 Sonntag zwei Vorstellungen.  
 Die Direktion.

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerversammlung  
 Inner-Afrikas:  
**Schuli**  
 b. Emlin Pascha-Reich.  
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.  
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
 Riese, 9 Fuß.  
 Zwerg, 25 Zoll.  
 Mann m. Steinkopf.  
 Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.  
 10-1 4-9 Uhr.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Konzert**  
 mit humoristisch. Vorträgen.  
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Regelt-bahnen und 2 Säle.  
 F. Sodtke.

**Wächter's Restaurant,**  
 22. Briegerstr. 22.  
 Am Sonnabend, den 9. April, von Abends 7 Uhr ab, findet ein großes Preis-Billardspiel um Gold- und Silberfachen statt. Bedingungen liegen für Jedermann im Lokal aus. 2927b  
 Es ladet dazu ein G. Wächter.  
 Vereinszimmer für Freunde u. Genossen für einige Tage zu vergeben.  
 Arthur Zimmer, Nachf. A. Stämke,  
 2929b Currystr. 17 u. 25.

**Feen-Palast.**  
 Burg- und St. Wolfgangstrassen-Ecke.  
 Sonntag, den 17. April 1892, Abends 7 Uhr:  
 Großes  
**Vokal- & Instrumental-Konzert**  
 zum Besten der  
**Arbeiter-Bildungs-Schule**  
 veranstaltet vom  
**Gesangverein der Steinmetzen u. Unverzagt**  
 (Moabit)  
 (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Herrn C. Himml.

Nach 12 Uhr: **BALL.**  
 Feste, gehalten vom Stadtverordneten E. Vogtherr.  
 Billets à 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. 164/5  
 Das Komitee.

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**  
 Sonntag, den 10. April, Vorm. 10 Uhr, im Feen-Palast:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
 T.-O.: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassen-Revisionen. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kassen-Revisionen. 4. Verschiedenes.  
 Das Mitgliedsbuch legitimirt.  
 Der Vorstand.  
 J. N.: E. Vogtherr, Stephanstr. 27a.  
 432/19

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**  
 Filiale I Berlin (Putzer).  
 Sonntag, den 10. April 1892:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Christeller über „Influenza“. 247/18  
 2. Vereinsangelegenheiten.  
 3. Verschiedenes.  
 Die Mitglieder, die am 1. April verzogen, werden ersucht, ihre neue Wohnung dem Kassirer anzuzeigen, betreffs Zusendung des Verbands-Organs. Auch werden die Kollegen auf die am 2. Osterfeiertag, Vorm. 12 Uhr, in der Bürger-Resourse stattfindende  
**Wohltätigkeits-Matinee**  
 aufmerksam gemacht. — Billets sind bei allen Vorstands- und Kommissions-Mitgliedern zu haben. Der Bevollmächtigte.

**Mitglieder-Versammlung**  
 der Freien Vereinigung der Bau-Arbeiter  
 Berlins  
 Sonntag, 10. April, Vorm. 11 Uhr,  
 in Scheffer's Salon, Inselstraße 10, II.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassen-Bericht vom ersten Quartal 1892.  
 2. Vereinsangelegenheiten.  
 3. Verschiedenes.  
 Es ist notwendig, daß alle Mitglieder zur Stelle sind.  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 Der Vorstand.  
 129/20

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter**  
 Berlins und Umgegend.  
**2 große Versammlungen**  
 am Sonntag, den 10. April, Vorm. präz. 10 1/2 Uhr.  
 Für den Norden im „Beddingpark“, Müllerstraße 178.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Dritter Gekleidvortrag des Elektrotechnikers Herrn Prof. 2. Vorlegung und Diskussion des von der Fachkommission entworfenen Fragebogens. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Für den Süden in den „Zentral-Festhallen“, Dranienstr. 180.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Bericht und Zweck arbeitsstatistischer Aufnahmen“. 2. Vorlegung und Diskussion des von der Fachkommission entworfenen Fragebogens. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Ferner finden noch folgende Branchen-Versammlungen statt:  
 Am Sonntag, den 10. April, Vormittags 10 1/2 Uhr: Versammlung der Schrauben- und Fassonmacher bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.  
 Am Montag, den 11. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Schleifer bei Wioncke, Alte Jakobstr. 83.  
 Am Mittwoch, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Blempner bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).  
 Am Mittwoch, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Former, Gießer, Stürzer, Bernmacher etc. bei Gratwoll, Kommandantenstraße 79.  
 Tagesordnung in sämtlichen Branchen-Versammlungen: 1. Vorlegung und Diskussion des von der Kommission entworfenen Fragebogens. 2. Vorschlag von Beisitzern zum Vorstande. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch aller Versammlungen ersucht  
 Der Vorstand.  
 390/9

**Allgemeiner deutscher Sattlerverein.**  
 Sonnabend, den 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße 83:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Türk. 2. Abrechnung pro I. Quartal. 3. Wahl des gesamten Ortsvorstandes. 4. Verschiedenes.  
 NB. Billets zu dem am 1. Osterfeiertag in der Berliner Resourse, Kommandantenstraße 56, stattfindenden Stiftungsfest werden ausgegeben.  
 Der Vorstand.  
 295/14

**Tischler-Verein.**  
 Sonnabend, den 9. April, Abends 9 Uhr, Melchiorstraße Nr. 15:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassenbericht vom 1. Vierteljahr 1892. 2. Bericht über die Bibliothek. 3. Beschließung über das diesjährige Sommervergügen.  
 Der Vorstand.  
 2318b

**Deffentliche General-Versammlung**  
 der Zimmerer Berlins und Umgegend.  
 Sonntag, 10. April, Vorm. 10 Uhr,  
 in Senfels Salon, Invalidentstr. 1a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung der Diskussion der letzten öffentlichen Versammlung über den Halberstädter Gewerkschafts-Kongress.  
 2. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Zimmermannes in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 Die Lokalkommission.  
 J. N.: W. Köhr, Schulendorferstr. 16.  
 458/1

**Verband der Bau-Arbeiter und Berufsgenossen Deutschlands**  
 (Zahlstelle Berlin).  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, den 10. April, Vormittags 11 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 2. Diskussion.  
 3. Wahl eines Revisors.  
 4. Verbandsangelegenheiten.  
 Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden dort aufgenommen.  
 Die Lokalverwaltung.  
 404/6

**General-Versammlung**  
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer  
 Berlins und Umgegend  
 Sonntag, den 10. d. M., Vorm. 10 Uhr, Sebastianstr. 39.  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung des Kassirers vom 1. Quartal.  
 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes.  
 3. Innere Vereinsangelegenheiten und Fragelasten.  
 Der Wichtigkeit halber ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.  
 Der Vorstand.  
 427/18

**Charlottenburg.**  
**Deffentliche Maurer-Versammlung**  
 Sonntag, 10. April, Vorm. 10 1/2 Uhr,  
 im Lokale Bismarck's Höhe, Wilmerdorferstr. 39.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Was lehrt uns der Gewerkschafts-Kongress zu Halberstadt?  
 Referent: Blaurock-Berlin.  
 2. Diskussion.  
 Hierzu sind alle Gewerkschaften eingeladen.  
 Der Einberufer.  
 241/10

**Freireligiöse Gemeinde.**  
 Sonntag, den 10. April, Vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstr. 33, im großen Saal, Quergebäude 1. Et. Vortrag des Herrn Walder Manasse: „Der Messiasgedanke.“  
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.  
 2821b

**Dankagung.**  
 Für die vielen und herzlichen Beweise der Teilnahme und Kränkelpende bei der Beerdigung meines lieben Bruders, des Buchbinders Arthur Schott, sage ich allen Kollegen des Fachvereins der Buchbinder u. sowie dem Verein selbst meinen herzlichsten Dank.  
 Paul Schott.  
 2821b

**General-Versammlung**  
 des Interessen-Vereins der  
 Kisten- u. Koffermacher  
 am Sonnabend, 9. April d. J.,  
 Abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Feuerstein,  
 Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1892.  
 2. Wahl des gesamten Vorstandes.  
 Der Vorstand.  
 2822b

**Wittwe Minna Heinrich.**  
 Bei meiner Abreise nach Philadelphia sage ich allen organisierten Kolleginnen und Kollegen, sowie Freunden und Genossen ein herzlichstes Lebwohl!  
 Friedrich Heise, Zigarrenmacher.  
 Die Herrn C. Kluge zugesagte Besoldigung nehme ich zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.  
 28185 W. Refm.

**Zur gest. Beachtung**  
 für ältere  
**Parteigenossen!**  
 Zu kaufen gesucht werden alle älteren Protokolle unserer Parteikongresse vor Widen, besonders derjenigen, die in den Jahren 1871-74 stattfanden.  
 Gest. Offerten an die Verlags-Handlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstr. 2, Hof rechts parterre.

**Bitte lesen Sie!**  
 Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa 1000 Sommer-Vallets, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquett, Hosen, Westen etc.  
 Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Perlen, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holykoffer, Waschkessel u. Sämtliche Sachen in alt und neu, auch werden versallene Pfänder verkauft.  
**A. Wergien,**  
 Schindlermeister,  
 127 Skaligerstraße 127.  
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.  
 sowie auch jeder Art  
**W. Kendelbacher,**  
 2933b Schönhauser Allee 43.

**Teppiche**  
 in allen Arten und Größen  
 kleiner Musterfehler wegen  
 offeriren sehr billig.  
**Portièren,**  
**Gardinen,**  
**Steppdecken**  
 in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen Preisen.  
**Reste**  
 von Plüsch, Fantasiestoffen, Damast und Rippen, passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.  
**J. Adler Söhne,**  
 Teppichfabrik,  
 Spandauer-Strasse 30,  
 gegenüber dem Rathhause.

**KRONEN-MARK**  
 1000 YARDS  
**Bestes Nähgarn!**  
 1892L  
**Sophabezüge!**  
 Reste in Rip, Damast, Granit, Plüsch u. bun. Stoff, spottbillig.  
 Emil Lelèvre, Oranienstr. 158.  
 Proben franko!



Stußfuß des Militarismus, unter dessen Macht wir feigen. Wenn die Bürgerschaft sich gefallen lassen muß, unter solchen Umständen zu leben, dann ist unsere Resignation dem Effekt des Antrags gegenüber wohl begreiflich. Die Bürgerschaft hat aber auch diese Frage nicht theoretisch zu diskutieren, sondern sie hat die zwingende Verpflichtung, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, unter welchen unhaltbaren Umständen wir zu leben haben. Unzweifelhaft kann der Militärposten sich verteidigen und Angehörige abenden, ohne die Waffe zu gebrauchen, die auch Unschuldige verwunden und tödten kann. Wir sehen ja auch vielfach Posten ohne Schutzhülle, mit gezacktem Säbel die Wache versehen. Wäre der Reichskanzler von der Nothwendigkeit der Aenderung der Instruktion so durchdrungen wie wir, er hätte längst Zeit gefunden, die Aenderung zu veranlassen. Wir haben es hier aber mit viel mehr als bloß mit der Instruktion zu thun, nämlich mit einer hartnäckigen Vertheidigung des militärischen Geistes, der heute in Deutschland herrscht. Ich freue mich, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung in diesem Falle dem Militarismus das Recht der Bürgerschaft gegenüberstellt. Aber mit der einfachen Resolution ist es nicht gethan; es muß sich ein Weg finden lassen, auf dem Volk und Bürgerschaft ihre Meinung energischer zum Ausdruck bringen. Schließlich wird jedes Volk so behandelt, wie es behandelt zu werden verdient; bei den Wahlen muß das Volk seiner Ueberzeugung Nachdruck verschaffen, Resolutionen helfen nichts. Jede Strafe muß in einem Verhältnis zur Straftat stehen, und Niemand wird behaupten, daß das von dem Passanten in der Wangenstraße begangene Vergehen mit der Todesstrafe belegt werden muß. Ich hoffe aber doch, daß der in diesem Antrag zum Ausdruck kommende Protest der leidenden Bürgerschaft über dieses Niedererschlagen schuldloser Passanten endlich seine Wirkung thun, daß dem elementaren Andrang der Bürgerschaft auch die höchste Stelle endlich nachgeben wird. (Beifall.)

**Vorsteher Langerhans:** Der Magistrat hat uns schon vor längerer Zeit mitgeteilt, daß er unserem früheren Beschluße beigetreten ist und daß die nötigen Schritte gethan sind.

**Stadtv. Zubeil:** Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn der Magistrat mit seiner Aufgabe, die Bürgerschaft zu schützen, Ernst gemacht hätte, wir heute nicht wiederum mit einem solchen Vorfall unbeschäftigt wären. (Gelächter.) Wägen Sie lachen; Sie werden zugestehen, daß damit, daß der Soldat, der seiner Instruktion gemäß gehandelt hat, jetzt zum Gefreiten befördert ist, die Aufregung der Bevölkerung des ganzen Stadtviertels nicht beschwichtigt ist. Der Magistrat hat die unbedingte Pflicht, dafür einzutreten, daß die Strafen, welche der Stadt Berlin gehören, von derartigen Geschossen freigehalten werden. (Lachen.) Mich läßt Ihr Lachen völlig kalt. In Zukunft wird nicht eher Abhilfe eintreten, bis irgend ein hervorragendes Mitglied dieser Versammlung resp. des Magistrats von einem derartigen kleinen Kaliber mit durchschossen wird. (Schallende Heiterkeit.) Da die Angel nur Arbeiter getroffen hat, haben Sie auch nur lächelnde Mienen. (Große Unruhe und Pluruse.) **Stadtv. Vorsteher Langerhans:** Sie haben nicht das Recht, der Versammlung einen solchen Vorwurf zu machen; der geht gegen die Ehre, und das leide ich nicht! Dann hätte die Versammlung nicht in der Weise gelacht. (Zwischenruf: Ueber Sie!) Ich bitte, daß mit diesem Antrage beim Magistrat auch der nötige Ernst verbunden werde, sonst ist auch diese Sache bloß eine Lächerlichkeit. Die Steuerzahler müssen die Opfer für den Militarismus bringen; sie können dann auch fordern, daß die Strafen Berlins von den durchschlagenden Geschossen freigehalten werden.

**Stadtv. Baileu:** Wir werden trotz dieser letzten beiden Reden für den Antrag stimmen.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.  
Schluß 7¼ Uhr.

## Lokales.

**Das die Vertheilung der Miethsteuer und die Herabsetzung der Kommunalsteuer im Interesse der hohen Einkommen liegt und für diese eine höhere Entlastung herbeiführt, während der Wegfall der Miethsteuer verhältnismäßig mehr den Armen zu Gute kommt, bei denen die Miethsteuer oft 30 pCt. des Einkommens und darüber verschlingt, während, je höher das Einkommen steigt, einen um so geringeren Prozentsatz die Miethsteuer ausmacht, — hiergegen führt das Woff'sche Organ aus, daß die Herabsetzung der Einkommensteuer gerade die Armen begünstigt, denn die Reichen müssen jetzt höhere Steuer zahlen, weil durch die Selbstschätzung es ihnen nicht mehr möglich wäre, die Gemeinde zu benutzen. Sie bedürften daher einer Entschädigung dafür, daß ihnen der Profit des Mogels, der Steuerhinterziehung genommen sei. Es ist noch sehr gnädig von den Woff'schen, daß sie nicht noch eine besondere Abfindung, gleich den Standesherrn, verlangen. Jedenfalls beweisen die Ausführungen des Woff'schen Blattes, daß wir in unserem Artikel das Richtige getroffen haben.**

Aus dem Häuschen sind die bürgerlichen Blätter über den Ausfall der Kommunalwahlen in den Vororten. Aus Schöneberg bringt der „Reichsbote“ einen langen Artikel, worin jämmerlich gewöhnt wird. Sogar das Rechnen hat der Verfasser in seinem wahnstinnigen Schmerz verlernt; er versichert, daß 267 bezw. 292 etwas mehr als 338 sei. „In Adlershof“, jammert der Artikel weiter, „besteht die gesammte Gemeindevertretung aus Sozialdemokraten.“ „Das wahrhaft klägliche — für die Gegner klägliche — Resultat der ersten Gemeindevahl giebt zu den ernstesten Besorgnissen — den Gegnern! — Anlaß und ist von symptomatischer Bedeutung für die politischen Wahlen.“ Mit letzterem sind wir ganz einverstanden. In Rixdorf schienen es die Gegner darauf abgesehen zu haben, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen siegen sollten. Deshalb stellten sie im fünften Bezirk — selbst einen Sozialdemokraten auf. Die Genossen hegten zwar einigen Zweifel an der Parteizugehörigkeit des betreffenden Herrn, doch wurde er unwirksam erklärt, seit 25 Jahren Sozialdemokrat zu sein, „als Sie noch die ersten Hosen trugen.“ Bei der Wahl erhielt der sonderbare „Genosse“ und Gegenkandidat 9 Stimmen, unser Kandidat Müller 138. Von diesem lustigen Rixdorfer Stücklein schweigen die gegnerischen Blätter.

Ein „Bankierprozeß“ wird gegenwärtig in Moabit verhandelt. Wir haben über den Verlauf der Verhandlung an anderer Stelle berichtet und werden darüber wohl noch des Oesteren berichten müssen, denn der Prozeß soll vier Wochen lang dauern. Unsere Leser sind also unterrichtet über die „Affäre Polke“ und auch darüber, daß der Angeklagte gerade ein Jahr in Untersuchungshaft sitzen mußte, ehe der Termin stattfinden konnte. Es erübrigt sich an dieser Stelle nur, einige charakteristische Merkmale herauszugreifen aus dem, was die Beweisaufnahme zu Tage gefördert hat. Die Börse ist die Stätte, an welcher der Kapitalismus seine tollsten Orgien feiert und an welcher derjenige König ist, der am schlauesten zu operieren versteht. Schlaue aber ist hier gleichbedeutend mit Gewissenlosigkeit, denn an der Börse hat nur der Oberwasser, der es fertig kriegt, die übrigen Betrüger noch mehr zu betrogen. Der jetzt angeklagte Polke hatte, um seine Finanzgeschäfte recht wirksam unterziehen zu können, ein Börzenblatt begründet, das, wie er selbst angegeben hat, von der „höchsten Aristokratie“ und auch vom „kleinen Mann“ gelesen worden ist. Polke war der „Macher“ bei einer Anzahl Gründungen, d. h. er gab zu denselben bares Geld und erhielt dafür Aktien. Natürlich zu einem unerhöht niedrigen Preis. Während die Aktien 161 standen,

d. h. das übrige Publikum für eine Aktie zum Nominalwerth von 100 M. — 161 M. bezahlen mußte, brauchte Herr Polke nur 103, also 58 Mark weniger pro Stück, zu bezahlen!

Solche „Geschäfte“ sind an der Börse „Ufus“. Der Vertheidiger wenigstens will sämtliche Sachverständige der Börse vorladen zum Beweise dafür, daß dem Bankhause, welches das bare Geld auf den Tisch legt, gewisse Vortheile gewährt werden. Bei dem einen Unternehmen, an welchem der Bankier Polke „interessirt“ war, (Hagonschmiede-Aktiengesellschaft) sollen, nach der Anklage, auch noch Strohmannen ihre segensreiche Thätigkeit entfaltet haben. Diese mußten natürlich auch abgefunden werden, sie erhielten theils „Konfortialgewinne“, theils ebenso wie Polke, Aktien zu bedeutend niedrigerem Kurse (105 anstatt 210)

Natürlich war es nur möglich, ein „Geschäft“ zu machen, wenn die Aktien auf ihrer Höhe erhalten blieben und hier nun soll der Angeklagte insofern „nachgeholfen“ haben, als er in seinem Blatte die Lage der Aktiengesellschaft als eine sehr gute bezeichnete und durch Briefkasten-Antworten den Schein erweckte, als ob das Privatpublikum sich für diese Hagonschmiede-Aktien sehr lebhaft interessierte. Diese „Antworten“ wurden aber in der Redaktion angefertigt, ohne daß Anfragen“ vorgelegen hätten. Für diejenigen Interessenten, welche die Aktien zu billig (105) erworben hatten, kam es ja hauptsächlich darauf an, dieselben zu dem Tageskurs (161) dem Privatpublikum abzugeben. War das gelungen, dann konnte aus der ganzen Grubung werden, was da wollte, die Interessenten hatten ihr Geld in der Tasche und das Privatpublikum war im Besitz werthloser Papierschmübel. In dem Rundzeitel der Börsenblätter vom 6. d. M., der uns gerade vorliegt, war Hagonschmiede überhaupt nur notirt mit —

Daß solche Fuzarenstücke überhaupt noch gelingen, liegt an der Geldgier, welche den „kleinen Mann“ gepackt hat. Er will schnell „reich“ werden um jeden Preis, und wenn da Einer kommt, der ihm goldene Berge verspricht, so fällt er auf diese Versprechungen hinein. Es giebt nichts Demokratischeres, als den Kapitalismus. Die Begriffe von Moral, von Recht und Unrecht sind bei den Börsen und anderen Kapitalisten schon derart verschoben, daß keiner derselben etwas Schlimmes darin erblickt, wenn in der oben gekennzeichneten Weise der Betrag zur Ausführung gelangt. Im Gegentheil, die Herren sind entzückt über den „snarnten“ Spekulant, der es versteht, ein so „kleines Geschäft“ zu machen.

Die Börse wird als „Giftbaum“ bezeichnet, — der Bourgeois meint ja überall nur „Auswüchse“ zu erblicken, die er dann mit allen möglichen Gesetzesparagrafen zu belämpfen sucht. Die Börse ist ein Ereigniß des kapitalistischen Staates, sie kann höchstens als Giftkraut betrachtet werden unter dem großen Giftbaumrieche des Kapitalismus!

Billige Arbeitskräfte spielen heute für den Arbeitgeber eine Hauptrolle. Nach ihnen schadet der Großgrundbesitzer eben so gut wie der Schnapbrenner, der Fabrikherr eben so gut wie der Handwerksmeister. Der Letztere ganz besonders muß darauf halten, daß er billiges Arbeitermaterial einstellt, denn sonst kann er der Konkurrenz der Fabrik gar keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Dieser Umstand führt zur Einstellung von möglichst viel jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen, sobald gar mancher Meister zu einem „Lehrlingsjäger“ herabsinkt. Wir verweisen nach dieser Hinsicht auf die Statistik, welche die Gehilfenorganisation der Buchdrucker alljährlich veröffentlicht. Hier finden wir sehr viele sogenannte Druckerlein, die mit einem Gehilfen und — zehn Lehrlingen arbeiten. In anderen Gewerken sieht es nicht viel besser aus. Das Publikum ist auf diesen Mißstand schon aufmerksam geworden, aber auch die „Lehrlingsjäger“ haben bereits Mittel und Wege gefunden, um das Publikum zu dupiren und sich so Lehrlingsmaterial zu beschaffen.

In einer vor kurzem stattgehabten Besprechung der „Freien Vereinigung der Graveure und Bisteleure“ wurden mehrere solche „Trieb“ mitgeteilt. Die Eltern wünschen natürlich vor Allem, daß ihr Sohn während seiner Lehrjahre auch etwas Tächtiges lernt. Das ist heute die Hauptsache, denn wer nichts gelernt hat, findet späterhin sehr schwer sein Fortkommen. Es gilt also vor allem, den Eltern ad oculos zu demonstrieren, daß die Lehrlinge schon in kurzer Zeit ganz respectable Leistungen vor sich bringen. Es werden also den Eltern oder Vormündern Arbeitsprodukte vorgezeigt, deren Fertigkeit den Lehrling zu lehren der Meister sich binnen kurzer Zeit verpflichtet. Wird nun neben so gewissenhafter „Lehre“ noch ein halbwegs anständiges Kostgeld geboten, so ist der Lehrvertrag auf vier Jahre bald abgeschlossen.

Und wirklich dauert es auch gar nicht lange, da hat der Junge schon so viel gelernt, daß er freudestrahlend zu Haus erklären kann: Seht, das habe ich selbst hergestellt. Der Jubel ist groß! Nun kann es dem Jungen für die Zukunft sicher nicht mehr fehlen. Aber der hinkende Vole kommt nach. Mit diesem ersten Erfolge ist nämlich der Lehrling bereits auf der Höhe seiner gesammten Kenntnisse angekommen, es steht ihm allerdings frei, sich zu „vervollkommen“, aber hierzu findet er in dieser Werkstatt gar keine Gelegenheit mehr. Er muß nämlich die vollen geschlagenen vier Jahre hindurch immer ein- und denselben Gegenstand herstellen; was der Junge nach vier Monaten schon kannte, das lernt er sehr gut wenn er endlich ausgelehrt hat, mehr aber auch nicht für einen Groschen. Er hat thatsächlich nichts weiter gelernt, als die Herstellung irgend eines Massenartikels, dessen Fabrikation nach nicht der Maschine verfallen ist und die nur einige andresirte mechanische Bewegungen erfordert. Das Wesen der Herstellung selber ist dem Lehrling vollkommen fremd geblieben. Natürlich ist gar nicht daran zu denken, daß er seine Stellung beibehält, wenn er ausgelehrt hat. Um Gehilfen ist es dem Meister gar nicht zu thun, der arbeitet nur mit billigen Lehrlingen und hat für den Ausgelernten längst wieder Ersatz „auf Lager“. Der frischgebackene Gehilfe muß also die Werkstatt verlassen, in welcher er zwar vier Jahre älter, aber um nur wenig klüger geworden ist. Ist er nicht geradezu ein Sonntagkind und als solches derart vom Glück begünstigt, daß er in einer Fabrik derselben Branche Unterkommen findet, dann liegt er unweigerlich mit seinen vielgerühmten Kenntnissen auf dem Pflaster. Jetzt bei dem herannahenden Osterfest, wo die Lehrlingsjäger reiche Ernte an Arbeitsmaterial zu halten pflegen, ist eine Warnung nach dieser Richtung hin sehr am Platze. Wenn Eltern und Vormünder ganz sicher gehen wollen, dann mögen sie sich an das Arbeitsnachweis-Bureau der „Freien Vereinigung der Graveure und Bisteleure“ (bei Jülich, Stallherstr. 126) wenden, wo ihnen bereitwillig Auskunft erteilt wird.

**Der Verein „Junkauf“ und seine Klassen** sind von uns schon wiederholt dahin gekennzeichnet worden, daß der Arbeiter besser thut, wenn er dem Verein nicht beitrete. Jetzt beklagt sich wieder einer unserer Leser darüber, daß er nach dem Antrage um Aufnahme das Buch zugesandt erhalten habe mit der Aufforderung, außer dem statutenmäßigen Eintrittsgeld, Beitrag u. s. w. noch 1,70 M. „Vermittlungsgebühren“ zu bezahlen. Auf seine Beschwerde sei ihm mitgeteilt worden, daß gerichtliche Einziehung des Betrages ohne Weiteres erfolgen werde, wenn binnen drei Tagen das Geld nicht bezahlt worden sei. Ob der Verein damit im Recht sei, will der bei seinem Eintritt gleich so Enttäuschte von uns wissen?

Nach den uns vorliegenden Statuten scheint uns das allerdings nicht der Fall zu sein, da dieselben von „Vermittlungsgebühren“ überhaupt kein Wort enthalten. Es ist aber doch möglich, daß irgend eine Hinterthüre offen gelassen worden ist, welche die Einziehung dieser Gebühren rechtfertigt. Das Einzige wäre wohl, die Sache in Ordnung zu bringen, um dann sofort wieder aus dem Verein auszutreten. Diesem ist dann wohl und Ihnen leiser!

Den „Himmel auf Erden“, das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Machwerk des mit Herrn Eugen Richter konkurrierenden Herrn Gregorovius, preist die „Vaterländische Verlagsgesellschaft“ in der antisemitischen Presse in einem langen Inferrat

an, daß im Stil der schwülzigen Schauerroman-Ressamen gehalten ist und mit den Worten schließt: „Der Himmel auf Erden ist für die Männer geschrieben, nicht für Frauen und junge Leute!“ (Wespertier Druck und Ausdruckszeichen finden sich auch im Original.) Da weiter oben auch eine Besprechung der „freien Liebe“, die die Bourgeoisie ihrer eigenen Unmoral gemäß mit Prostitution verwechselt, als in der Broschüre vorkommend angegeben ist, so dürfen die Kreise, auf die das Inserat berechnet ist, auf die Vermuthung kommen, daß ihnen eine „pikante“ Lektüre geboten wird. Sollte das Absicht sein? Wenn ja, dann dürften die Worte „für die Männer“ ihre Wirkung auf die antisemitische Jugend allerdings nicht verfehlen.

„Einige praktische Winke für unsere Konfessionäre.“ zusammengefaßt auf Grund ergangener Gerichtsentscheidungen, bringt das die Interessen der Arbeitgeber vertretende Blatt „Der Konfessionär“. Darunter findet sich auch folgender „Wink“: „Man hat nur nötig, brauchbare Waaren abzunehmen. Sie müssen also gut sitzen und selbst bei gedrückten (!) Arbeitslöhnen angemessen gearbeitet sein.“ Das Gegenstück zu dieser „Gerichtsentscheidung“ wäre, wenn mit gleichem Maß gemessen würde: „Man hat nur nötig, auskömmliche Löhne anzunehmen. Sie müssen also zur Bestreitung wenigstens der notwendigen Bedürfnisse reichen und dürfen selbst bei weniger sorgfältiger Arbeit nicht gedrückt werden.“ Ja, Bauer, das ist ganz 'was anderes!

Am Mittwoch haben in Berlin wie die „National-Zeitung“ berichtet, wieder mehrere Handfuchungen nach anarchistischen Schriften und insolge dessen mehrere Verhaftungen stattgefunden. Unter den Verhafteten befindet sich der jugendliche Kaufmann Simonsohn; auch der Buchbinder Engel, welcher Inhaber eines kleinen Geschäfts ist, soll verhaftet worden sein. — Von anderer Seite wird die Verhaftung des Schuhmachers August Adamczak berichtet.

Mit der Schloßlotterie soll es nach einer Mittheilung der „Frei. Jtg.“ nun doch noch Ernst werden. Das Komitee, welches das Projekt auf höheren Wunsch betreibt, glaube mit Bestimmtheit zu wissen, daß sowohl der Finanzminister wie der Minister des Innern sich diesem Lotteriprojekt gegenüber ebenso günstig erweisen würden, wie sie sich bequemt haben, im Staatsministerium den Schul-Gesetzentwurf zu unterzeichnen. Denn Suprema lex regis voluntas.

**Polizeibericht.** Am 5. d. M. Nachmittags goß die 12jährige Hermine Liehr in der Wohnung ihrer Eltern, Mariannenplatz 14, aus Unvorsichtigkeit Petroleum auf ihr Kleid. Sie glaubte die Flecken aus demselben durch Ausbrennen entfernen zu können und zündete sie deshalb mittelst eines Streichholzes an. Ihre Kleider gerieten dadurch in Brand und erlitt das Mädchen dabei so schwere Brandwunden am Oberkörper, daß es nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden mußte. — Auf dem Anhalter Güterbahnhofe wurde zu derselben Zeit ein Arbeiter beim Rangiren eines Zuges von der Lokomotive überfahren und am Bein schwer verletzt. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. — In der Nacht zum 6. d. M. wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Stallgasse erhängt vorgefunden. — Am 6. d. M. Nachmittags sprang eine Frau von der Freiarchenbrücke in den Pluthgraben, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhause Bethanien gebracht. — An der Ecke der Linien- und Schönhofstraße wurde Abends ein Lederarbeiter von einem Postpaketzug überfahren und so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Am 6. d. M. fanden vier Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

**Dennunziantenthum.** Unter der Anklage einer Beleidigung der Kaiserin Friedrich stand gestern eine Frau Emilie Mecher vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I. Dieselbe wurde von einer ehemaligen Freundin, die sich mit ihr überworfen hatte, beschuldigt, zu der Zeit des Aufenthalts der Kaiserin Friedrich in Paris über dieselbe außerordentlich häßliche Bemerkungen gemacht zu haben. Der Gerichtshof erachtete zwar eine solche nachträgliche, auf schlechte Motive zurückzuführende Angeberei nicht für sehr schön, mußte jedoch aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung schöpfen, daß die beleidigenden Bemerkungen in der That gefallen waren. Mit Rücksicht einerseits auf die Gröblichkeit der Beleidigung, andererseits mit Rücksicht auf die bekannte Thatsache, daß Mecher mitunter nicht Herrinnen ihrer Zunge sind und im Klatscheifer manches hinsagen, was sie nicht verantworten können, verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte zu 2 Monaten Gefängniß.

**Wegen Anreizung in einer den Frieden gefährdenden Weise** standen gestern der Maurer Wilh. Jegerote und der Zimmermann Karl Gessroy vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Am 7. Mai v. J. fand in einem Lokale in der Sebastianstraße eine Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer Berlins statt. Jegerote trat als Redner auf. Er sprach über staatliche und kommunale Bauten mit besonderer Berücksichtigung der Berliner Steuerzahler. Er griff dabei auf die Anruhen jurist, welche kurz zuvor in Frankreich und Belgien stattgefunden und gebrauchte dabei folgende Redewendung: „Ich erinnere Sie daran, daß dort die Soldaten auf die Arbeiter geschossen haben. Aus den Wunden der Getödteten wird ein Sams entstehen, der die Schiffe auf diejenigen zurückrollen läßt, welche den Befehl zum Schießen gegeben. Auf das Militär muß eingewirkt werden, daß, wenn es wieder zum Schießen kommt, die Flinte nicht losgeht und kein Säbel sich rührt.“ Diese Aeußerung lag der Anklage gegen Jegerote zu Grunde. Nach ihm sprach der Angeklagte Gessroy, welcher die häßlichsten Bauten mit Bezug auf die Lohnverhältnisse scharf kritisierte. Beide Angeklagte bestritten, daß es ihnen darum zu thun gewesen sei, auf die Zuhörer eine aufreizende Wirkung auszuüben. Jegerote behauptete, daß die beanstandete Aeußerung auf deutsche Verhältnisse überhaupt keinen Bezug haben sollte, sondern nur auf französische und belgische. Der Angeklagte Gessroy wollte nur in bildlichem Sinne gesprochen haben. Er habe darauf hingewiesen, wie die Maurer wiederholt an die Stadtverordneten-Versammlung eine Petition auf Aushhebung des Submissionswesens gerichtet hätten, ohne Gehör zu finden, später dürften die Arbeiter sich ebenfalls ablehnend verhalten, wenn man ihnen mit Annäherungsversuchen kommen wüßte. Der Staatsanwalt hielt beide beanstandete Aeußerungen für angedeutet, zu Gewaltthatigkeiten aufzureizen, er beantragte gegen die Angeklagten eine Gefängnißstrafe von je vier Monaten. N. A. Heine als Vertheidiger des Angekl. Jegerote führte aus, daß die dem Letzteren zur Last gelegte Aeußerung dem Sinne und dem Wortlaut nach gar nicht auf deutsche Verhältnisse berechnet war, während der Vertheidiger Gessroy, N. A. Stadthagen, einen Beweis zu bringen sich erbot, daß die erwähnte Petition der Arbeiter bei der Stadtverordneten-Versammlung mit Hohn und Spott aufgenommen sei. Außerdem sei die Versammlung keine öffentliche im Sinne des Gesetzes gewesen.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Jegerote aus juristischen Gründen frei und beschloß in Betreff des Angeklagten Gessroy eine eingehendere Beweisaufnahme.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II wurde am Dienstag die Anklage gegen zwei an den Aufhäufen und tumultuarischen Gehen in Charlottenburg beschuldigte Arbeiter verhandelt. Am 7. März Morgens hatten, wie die „Charlottenburger Zeitung“ berichtet, sich am Diegow eine Anzahl der

schäftigungsloser Arbeiter eingefunden. Es waren etwa 300 Mann, die bei dem städtischen Tiefbauamt Arbeit zu finden hofften. Es konnten jedoch nur etwa 100 Mann eingestellt werden. Die Ueberzähligen, die noch keine Arbeit bekommen hatten, marschirten in geschlossenem Zuge durch die Berliner- und Spandauerstraßen zum Wasserthurm auf Westend und durch verschiedene Straßen von Westend. „Hier wohnt auch noch ein Jude!“ rief es aus der Kolonne, „der hat eine Villa und ich habe keine, wir wollen ihn heraus holen!“ etc. Als Führer der Kolonne fungirte der Arbeiter Joseph Tomacaj; dieser wurde festgenommen, als dem Zuge am Spandauer Berg eine starke Schussmanns-Abtheilung entgegenkam. Die Teilnehmer des Zuges zerstreuten sich. Die Festnahme des Anführers Tomacaj war erfolgt, weil er die Menschenmenge öffentlich zum Ständemachen, Schreien etc. aufgefordert. Seiner Verhaftung hatte T. außerdem noch Widerstand entgegengesetzt, sogar die Schussleute tödtlich angegriffen. Wegen Aufreizung vor versammelter Menschenmenge, groben Unfugs und Widerstandes mußte sich Tomacaj verantworten. Der Angeklagte, ein Pole, bisher fünfmal vom Spandauer Schöffengericht wegen Fortdiebstahls bestraft, ist verheiratet und Vater von 5 Kindern. Er war an jenem Morgen auf dem städtischen Tiefbauamt als Arbeiter angenommen worden, also kein Arbeitsloser mehr. Vor Gericht bestritt T., daß er zu den Teilnehmern der Zusammenrottung gehört, oder der Führer gewesen sei. Hierüber ließ die Beweisaufnahme keinen Zweifel. Der Antrag des Staatsanwalts lautete zunächst auf 6 Wochen Haft, ferner auf 6 Monate Gefängniß wegen Widerstandes. Das Urtheil des Gerichtshofes lautet auf zwei Monate Gefängniß, sowie auf drei Wochen Haft.

„Die man hohe Auflagen fabriziert.“ Unter dieser Spitzmarke erschien am 18. November v. J. in der „Kreuz-Zeitung“ ein Artikel, in welchem behauptet wurde, daß der Verleger einer Berliner Morgenzeitung das Verfahren beobachtet, von Zeit zu Zeit in der Provinz lebende Personen zu beauftragen, auf eine größere Anzahl Exemplare seiner Zeitung zu abonniren. Diese Nummern würden einfach in dem betreffenden Orte verschleudert. Der Verleger erzielte hierdurch eine höhere Auflage seiner Zeitung, die aber der richtigen Abonnentenzahl nicht entspräche. Dieser Artikel ging am folgenden Tage unter Quellenangabe in die „Staatsbürger-Zeitung“ und den „Reichsboten“ über. Der Verleger der „Berliner Morgenzeitung“, Herr Rudolf Mosse, sandte zunächst an die genannten Zeitungen eine Berichtigung ein, deren Aufnahme der Chefredakteur der „Kreuz-Ztg.“, Hr. v. Hammerstein, verweigerte. Das Schöffengericht hielt indessen seinen Einwand, daß es viele Berliner Morgenzeitungen gebe und Herr Mosse den Artikel nicht auf sich zu beziehen brauche, nicht für zutreffend, und Herr von Hammerstein wurde zu einer geringen Geldstrafe und zur Aufnahme der Berichtigung verurtheilt. Herr Mosse hatte aber gleichzeitig gegen die Redakteure der genannten Zeitungen einen Strafverfolgung wegen Verleumdung gestellt. Gestern stand vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts in dieser Sache gegen den Redakteur Dr. D. Bachler von der „Staatsbürger-Zeitung“ Termin an. Der Beklagte stellte den Antrag, die Verhandlung zu vertagen, bis die in derselben Sache gegen Herrn v. Hammerstein angestrebte Privatklage erledigt sei. Der Letztere würde nämlich den Einwand wiederholen, daß der Privatkläger keineswegs nötig hätte, den Artikel auf sich zu beziehen, trete das Gericht dieser Anschauung bei, so müsse auch die gegen die übrigen Redakteure angestrebte Privatklage fallen. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Mosse, beantragte dagegen, in der Sache zu verhandeln, den Beklagten wegen Verleumdung zu verurtheilen und dem Kläger außerdem eine Geldbuße von 3000 M. zuzusprechen, die für einen wohlthätigen Zweck bestimmt seien. Daß der in der „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlichte Artikel auf den Privatkläger gemünzt sei, gehe daraus hervor, daß die Worte „Berliner Morgenzeitung“ mit Anführungszeichen versehen seien, welche in dem Originalartikel in der „Kreuz-Zeitung“ fehlten. Der Beklagte erbot sich zum Nachweise, daß diese Zeichen ohne sein Zutun von einem anderen Redaktionsmitgliede hinzugefügt seien. Außerdem habe er die vom Kläger eingeleitete Berichtigung veröffentlicht und mit einer Einleitung versehen, worin er seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß Herr Mosse die Notiz auf sich beziehe. Was die beantragte Geldbuße betreffe, so halte er diesen Antrag nicht für begründet. Nach den Willküren an den Anschlagfäulen müsse die Auflage der „Berl. Morgenzeitung“ seit dem Erscheinen des Artikels ja zugenommen haben und könne deshalb von einer Schädigung keine Rede sein. Der Vertreter des Klägers unterbreitete dem Gerichtshof einen Brief, worin ein aufgegebenes Inserat auf Grund des Artikels wieder zurückgezogen wurde und beantragte außerdem die Vernehmung eines Sachverständigen darüber, daß thatsächlich eine Zeitung perläufiger Nachtheil haben müsse, wenn derartige Mittheilungen, die vollständig unwahr seien, über deren Vertriebsverbreitung würden. Daß der Vorwurf, ein Verleger nehme zu solchen Mitteln, wie sie geschildert seien, seine Zucht, um eine künstlich hoch getriebene Abonnentenzahl zu erreichen, für denselben schwer belegend sei, bedürfe wohl keiner längeren Ausführung. Der Gerichtshof verurtheilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 50 Mark, nahm aber von der Zuerkennung einer Geldbuße an den Kläger Abstand.

Der Rektor a. D. Ahlwardt stand heute als Privatkläger vor der 135. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts und zwar war es ein antisemitischer Parteigänger, Rechtsanwalt Dr. Stein, welcher als Privatkläger gegen ihn auftrat. In einer Versammlung, welche am 12. Januar d. J. in den Germania-Sälen stattfand, soll Ahlwardt gesagt haben: „Es sind nicht allein die Juden, welche uns Deutsche ausbeuten und hintergehen, es gibt auch unter unseren Brüdern Menschen, welche den Juden in ihren Manipulationen gleichen.“ Der Angeklagte soll dann erzählt haben, daß er im Jahre 1889 wegen eines höheren Befehls von einem Manne Namens Rüssel verurteilt worden sei und daß Rechtsanwalt Stein, als Vertreter seines Gegners, ihn bis zum Offenbarungstage getrieben habe. Später sei ihm zum Vorwurfe gemacht worden, daß er bei dem Offenbarungstage eine von ihm damals verfertigte silberne Uhr nicht abgegeben habe und als er sich dann einmal in Westfalen befand, sei bei seiner Frau ein schwarzhaariger Mann erschienen, welcher sagte, daß er vom Rechtsanwalt Dr. Stein komme und daß Dr. Stein von Reichsdrücker 20000 M. erhalten könnte, wenn er denselben von dem falschen Offenbarungstage Mittheilung macht. Die Verhandlung mußte vertagt werden, weil Ahlwardt zwar zugab, behauptet zu haben, Dr. Stein habe die Rüssel'schen Urtheile gemißbraucht, um ihn zu schädigen, aber bestritt, die Ausfertigungen in der behaupteten Form gethan zu haben und sich in dieser Beziehung auf Zeugen berief.

Wegen Nahrungsmittel-Verfälschung hatte sich lehthin in Chemnitz ein Bäckermeister vor Gericht zu verantworten. Derselbe hatte längere Zeit hindurch nach eigenem Zugeständnisse zu 150 Pfund Roggenmehl je 3 Pfund Erbsenmehl und 3 Pfund Weizenmehl hinzugesetzt und aus dieser Mischung Brot gebacken. Dieses Brot hatte er verkauft, ohne die Käufer davon in Kenntniß zu setzen, daß dasselbe nicht reines Roggenmehl enthalte. Das Schöffengericht zu Burgkhardt hatte ihn deshalb der Zuwiderhandlung gegen § 10, Absatz 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes vom 18. Mai 1879 für schuldig erachtet und mit 150 M., im Nichtzahlungsfalle mit 10 Tagen Gefängniß bestraft, auch auf Einziehung des bei ihm vorgefundenen Reis- und Erbsenmehls erkannt. Der Angeklagte wollte sich durch die Mischung seiner Nahrungsmittel schuldig gemacht haben und legte Verurteilung ein. Derselbe wurde als unbegründet verworfen.

In der Klagesache der Vorstandsmitglieder des „Vereins Berliner Presse“ gegen den Schriftsteller Maximilian Harden und den Verlagsbuchhändler Georg Stille fand heute Termin in der Berufungsinstanz an. Anlässlich des Schiedspruches, welchen seiner Zeit der Vorstand des Vereins „Berliner

Presse“ in Sachen Barnay-Klausner gefaßt hatte, veröffentlichte Maximilian Harden in der von Stille herausgegebenen „Gegenwart“ einen Artikel, welcher den Vorstand aus diesem Spruchverurtheilungsmittel und lächerlich machte. Infolge der vom Vereinsvorstande angestrebten Verleumdungsklage wurde Harden zu 300 M. Stille zu 100 M. Geldbuße verurtheilt. In der heutigen Verhandlung vor der Strafkammer gab der Vorsitzende Landgerichtsrath Zacke anheim, ob es nicht zweckmäßig sei, durch einen angemessenen Vergleich die Streitigkeit zu begraben. — Rechtsanwalt Dr. Fr. Friedmann als Vertreter der Kläger, führte hierzu aus, daß der Vorstand des Vereins Berliner Presse nur sehr ungern und nothgedrungen gegen einen Berufsgenossen kläglich geworden sei. Es komme demselben nicht darauf an, eine hohe Strafe zu erzielen, sondern er verlange nur die Anerkennung des begangenen Unrechtes. Schließlich kam — vorbehaltlich der Genehmigung der Kläger — ein Vergleich dahin zu Stande, daß der Vertheidiger auf sein Honorar erster und zweiter Instanz verzichtet, die Angeklagten dagegen die Gerichtskosten tragen, ihr Unrecht bedauern und 100 M. zur Kasse des Vereins für Odbachlose zahlen.

Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften wurde der Malergehilfe Holwegler vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte giebt ein Fachblatt für Maler heraus und hatte aus der Wochenchrift „Schrifttafel“ einen Artikel übernommen, welcher unter dem Titel: „Wie sich Farben amästren“ gepfefferte Schilderungen über die Art und Weise brachte, wie der Prinz von Wales bei seinem Aufenthalt in Paris angeblich die Zeit hinzubringen pflegt. Die intimen Szenen, welche da vorgeführt wurden, überschritten nach Ansicht des Staatsanwalts weitwärts die Grenzen der Schicklichkeit, und es wurde deshalb eine Strafe von 50 M. gegen den Angeklagten in Antrag gebracht. Rechtsanwalt Heine führte dagegen aus, daß der Angeklagte nicht strafbar sei, da derselbe den Artikel nicht aus Vorliebe für Unzüchlichkeiten zum Abdruck gebracht habe, sondern, wie die vielen eingeschobenen Zwischenbemerkungen, Ausfertigungszeilen etc. beweisen, um seinen Unwillen über diese Art fürchterlicher Vergnügungen zu bekunden. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf Freisprechung.

## Soziale Uebersicht.

Aufwasch an die Getreideträger und Speicherarbeiter! Kollegen! Ueberall regen sich die Arbeiter, welche noch keiner Organisation angehört haben, um sich einer solchen anzuschließen. Sie haben erkannt, daß der Einzelne nichts ist, daß nur eine gute Organisation im Stande ist, Forderungen, die an die Unternehmer gestellt werden, Geltung zu verschaffen und auf längere Zeit zu erhalten. Ihr habt bei Euren letzten Streik gesehen, wie ohnmächtig die Arbeiter dem Kapital gegenüberstehen, wenn sie nicht organisiert sind. Die Unternehmer haben den Werth der Organisation weit besser erkannt, als die Arbeiter. Sie unterhalten fast überall und in allen Berufen Verbindungen, um die Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Und da sollen wir noch länger in dumpfer Theilnahmslosigkeit verharren? Steht Ihr Euch bei Eurer Arbeit denn so gut, daß Ihr es nicht nötig habt, Euch um die Verbesserung Eurer Lage zu kümmern? Sind die heutigen Lohn- und Verhältnisse dazu angethan, zufrieden zu sein? Nein! Ihr selbst wißt es am besten, wie schwer unser Beruf ist, welche Arbeitskraft dazu gehört, um auf längere Zeit widerstandsfähig zu bleiben. Sind unsere Löhne gestiegen, seitdem die Lebensmittel um ein bedeutendes theurer geworden sind? Nein! Gabt Ihr eine Wohnung, in der Ihr Euch wohl fühlt? Könt Ihr Euch von dem Verdienste, den Ihr erhaltet, eine bessere anschaffen? Keinesfalls. Und trotzdem habt Ihr Euch noch nicht um eine Organisation gekümmert. Unser Fach hat noch keinen Verein, in welchem sich die Genossen zusammensünden, um sich über ihre Lohnverhältnisse auszusprechen, Mittel und Wege zur Verbesserung ihrer Lage zu suchen. Darum, wer es mit sich und seiner Familie ernstlich meint, komme am Sonntag, den 10. April, Vormittags 11 Uhr, nach Nagel's Salon, Schwedterstraße 24, zur Versammlung und helfe dazu beitragen, daß auch die Getreideträger und Speicherarbeiter eine Organisation bekommen. Der Einberufer.

Der Streik in der Hamburger Wollkammerei auf Wilhelmshörsing ist beendet. Die verlangte Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, bei halbtägiger Frühstück- und einstündiger Mittagspause, ist bewilligt. Gewespert muß während der Arbeit werden.

In Bremen streiken die Seiler. Sie fordern den Zehnstundentag und 16 M. wöchentlichen Mindestlohn. Die Meister haben die Forderung abgelehnt.

In Warmen haben, wie die „Freie Presse“ berichtet, fast sämtliche Arbeiter der Zingl'schen von Ralkenbach und Rahm die Arbeit eingestellt.

Aus Kaiserlautern wird berichtet, daß in der Baumwoll-Spinnerei Camper's m. H. L. die Garder- und Streckenarbeiter die Arbeit wegen verweigerter Lohnverhöhung eingestellt haben. Wie die „Pfalz. Presse“ hört, soll dies mit der neuen Arbeitsreduktion für weibliche Arbeiter zusammenhängen, infolge deren auch für die männlichen Arbeiter der Spinnerei die Ueberstundenarbeit wegfallen sollte. Letztere wollten sich das ohne Entschädigung für entgehende Ueberstunden nicht gefallen lassen. — Der Lohn wird wohl nicht so hoch sein, daß die Arbeiter nach Wegfall der Ueberstunden ihre Bedürfnisse decken können. Wenn sie demgemäß Lohnverhöhung fordern, so ist das natürlich.

In Nordenham streiken, nach der „Nordd. Volksstimme“, die Maurer um den Zehnstundentag.

Das Hamburger Gewerbegericht hat als Grundsatz angenommen, daß bei Akkordarbeit ihrem Wesen nach jede Kündigung ausgeschlossen, sowie daß ein festes Arbeitsverhältnis erst dann als vorhanden anzusehen ist, wenn zwischen dem Unternehmer und dem bei ihm Arbeitenden eine bestimmte Vereinbarung über die Höhe des Lohnes getroffen wurde.

Ein genialer Ausweg. In Westfalen ist die Arbeitslosigkeit in so erschreckendem Zunehmen — daß die Staatsorgane alle Mittel in Bewegung setzen, um Abhilfe zu schaffen? Behüte! So weit sind wir in der Area der Sozialreform noch nicht, denn es ist eine Sozialreform von oben, eine solche aus der Vogelperspektive, und dabei werden Kleinigkeiten, wie der Normal-Arbeitsstag, die Verkürzung der Arbeitszeit etc. begrifflicherweise übersehen. Man hilft sich in anderer Weise. Der Kreisstag des Kreises Coesfeld 3. B. erklärte sich einfach außer Stande, die Kosten der für mittellose Wanderer eingerichteten drei Verpflegungsstationen noch länger zu tragen und beschloß, den bisher entfallenden Fehlbetrag von 6000 M. aus der Kreiskasse zu decken, die Stationen Dülmen und Haltern eingehen und nur noch die Station Coesfeld fortbestehen zu lassen. Punktum! Für den Coesfelder Kreis ist diese Seite der sozialen Frage erledigt, und für die fromme, christliche „Germania“, der wir die Nachricht verdanken, wohl auch, denn sie sagt nichts dazu und wird daher jedenfalls damit einverstanden sein. Rangirt sie in der betroffenen Noth die armen Teufel, welche infolge von Arbeitslosigkeit anrufen und wandern müssen, doch unter die Begriffe „Wettels und Bagabondage“!

Die Einsetzung eines Gewerbegerichts fordern die Arbeiter Guben als eine Nothwendigkeit. Infolge der

niedrigen Lebensstellung sei es den Arbeitern und Arbeiterinnen Guben nicht möglich, gegenüber den Unternehmern ihre Rechte vermittelst Rechtsbehelfs vor den ordentlichen Gerichten zur Geltung zu bringen, zumal die neue Gewerbe-Ordnung genügende Streitigkeiten in Aussicht stelle. — Diese Kritik der Gewerbe-Ordnung und des Unternehmertums ist so kurz wie treffend.

Darbende Aktionäre. Der Aufsichtsrath der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat beschlossen, der am 7. Mai stattfindenden Generalversammlung pro 1891 eine Dividende von 22 pCt. vorzuschlagen.

In Böhmen, wo das Volk von Pfaffen, Adel und Großbürgertum auf das gründlichste ausgebeutet wird, regt es sich mächtig in der Arbeiterkassette. Keine Woche vergeht, wo nicht von irgend einer Gruppe des dortigen Proletariats ein Streik berichtet würde. So haben wieder dieser Tage sämtliche Arbeiter der Schachlarer Kohlegewerkschaften und 500 Arbeiter der Nachoder Spinnerei von Barnsdorfer, Benedikt u. Raunkner die Arbeit eingestellt, letztere wegen Nichtbewilligung einer 10prozentigen Lohnverhöhung. Ebenso wird aus Böhmen, wo das Proletariat gleichfalls auf Ziegeln in seiner Lebenshaltung herabgedrückt ist, ein Streik gemeldet. Sämmtliche Weber der Brünner Tuchfabrik von Josua Paul Kohn sind wegen Lohnstreitigkeiten ausständig.

Belgische Eisenwerks-Besitzer sollen bei ihren Hochöfen Chinesen angestellt haben. Falls dies bei der belgischen Bourgeoisie Nachahmung fände, könnte das ihren Untergang nur beschleunigen.

Die neue Pariser Central-Arbeitsbörse (Bourse centrale du Travail), welche auf Kosten der Pariser Municipalität in der Rue Chateau d'Eau erbaut worden ist, ist vollendet und wird in kürzester Zeit dem Verkehr übergeben werden. 216 Gewerkschaften werden ihren Sitz darin nehmen; drei größere und kleinere Säle sind vorhanden, in welchen Versammlungen etc. togen können. Die jetzige Arbeitsbörse in der Rue Jaque Jean Rousseau bleibt als Filiale bestehen und die Errichtung einer weiteren Filiale im 15. Arrondissement ist geplant.

Die einmaligen Ausgaben für die Einrichtung übernimmt in Höhe von 63 400 Fr. der Municipalrath der Stadt Paris. Ein jährlicher Zuschuß von 50 000 Fr. für Heizung, Beleuchtung und sonstige Unterhaltungskosten ist gleichfalls bewilligt.

In Californien zählt man allein über 10 000 chinesische Schuhmacher.

In New-York ist eine große Bewegung der Hotel- und Restaurantkellner für Herabsetzung der Arbeitszeit, welche letztere dort im Durchschnitt vierzehn Stunden beträgt, im Gange.

## Versammlungen.

Der sozialdemokratische Agitationsklub für den Osten Berlins hielt am 3. April in Schneider's Gesellschaftshaus, Preussenerstraße, eine gut besuchte Versammlung für Frauen und Männer ab, in welcher Genosse Stritzkowski unter vielem Beifall über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Mittel, ihr abzuwehren, sprach. Die nächste Versammlung findet am Palmsonntag statt. An die Versammlung schloß sich ein gewöhnliches Beisammensein, bei welchem es auch an einem Längchen nicht fehlte.

Für Steglitz, Friedenau und Umgegend fand am 4. April im Kurhaus zu Friedenau eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Treuherr über den 1. Mai und dessen Bedeutung referirte. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion. Es wurde dann beschlossen, die Maifest in Kurhaus zu Friedenau zu veranstalten und hierzu ein aus 7 Personen bestehendes Komitee gewählt.

In einer Stellmacherversammlung erstattete Herr Brühl den Bericht über die Thätigkeit der Streik-Kontrollkommission. Er nahm dabei hauptsächlich Bezug auf die von dieser Kommission für einzelne Gewerbezweige empfohlene Einführung der Kontrollmarken begm. des Kontrollstempels und trat dafür ein, daß die Arbeiter, welche sich vermittelst der Kontrollmarken bessere Arbeitsbedingungen zu erringen suchen, auch von den Stellmachern durch Kauf von nur solchen ihrer Produkte unterstützt werden, welche mit Marke oder Stempel versehen sind. Nachdem einige Redner im Sinne des Berichterstatters gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammelten mit den Ausführungen des Herrn Brühl einverstanden erklärten und sich verpflichteten, für den Vertrieb der Bonds der Streik-Kontrollkommission sowie dafür einzutreten, daß in Zukunft nur mit Marke versehene Hüte, Textilwaren etc. gekauft werden. Darauf wurde mitgetheilt, daß der für dies Jahr projektierte Stellmacherkongress nicht stattfinden, weil sich nur eine Stadt für Betheiligung daran ausgesprochen hat. Den Herren Lange, Casar und Brühl wurde von den Versammelten der Auftrag zu Theil, Informationen über den Vertrieb der Protokolle vom vor zwei Jahren stattgehabten Kongress einzuholen, da der damals mit dem Verkauf derselben beauftragte Vertrauensmann Stellmacher Singer bis dato noch keine Abrechnung gegeben hat. Letzterer erklärte dagegen, nur dem Bureau jenes Kongresses und zwar in nächster Zeit die Abrechnung, die schon fertiggestellt sei, vorzulegen. Die Wahl der Untersuchungskommission hätte unwillkürlich stattgefunden. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten schloß die Versammlung.

Der Fachverein der Uhrmacher und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielt am 2. April seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassier den Kassenbericht für das verfloßene Quartal. Danach beliefen sich die Einnahmen auf 79 M., die Ausgaben auf 105,90 M., der Kassenbestand auf 61,24 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Rechnung erteilt. Kollege Läderich berichtete sodann über den Stand der Bibliothek, welche jetzt 80 Bände zählt und einen Kassenbestand von 22,75 M. bezieht. Die Rechtschutzkommission hatte im Laufe des Vereinsjahres zwei Fälle zu erledigen. Ueber den neu geschaffenen Arbeitsnachweis erstattete sodann Kollege Mäher einen längeren Bericht. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ergab sich, daß im Laufe des ersten Vereinsjahres 25 Versammlungen mit 15 Vorträgen abgehalten wurden. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Alfred Glauber, 2. Vorsitzender Max Beer, Kassier Gustav Bätzig, 1. Schriftführer Albert Bätzig, 2. Schriftführer Paul Müller, Beisitzer: Gustav Läderich und Bruno Sogel. In die Rechtschutz-Kommission wurden die Kollegen Läderich, Räther, Schnell, Schulze und Schäfer gewählt. Ueber „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß vom 1. April ab für die organisierten Gastwirthsgehilfen das blaue Erkennungszeichen in Kraft getreten ist. Die Erledigung der Frage, wie der 1. Mai gefeiert werden solle, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Da am 8. April die Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Uhrmacher stattfand, in welcher 2 Arbeiter-Vorstandsmitglieder gewählt werden mußten, wurden als Kandidaten die Kollegen Maether und Schulze vorgeschlagen. Die nächste Versammlung findet am 16. April statt; vom 4. April ab gelangen im Arbeitsnachweis die Billets zu dem am 14. Mai stattfindenden Stiftungsfest zur Aufgabe.

In der öffentlichen Versammlung am 8. April erhten die in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter das Andenken des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Max Kayser durch Erheben von den

Plätzen. Dann hielt Genosse Th. Meiner einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Ethik der heutigen Gesellschaft. In der lebhaften Diskussion sprachen sich sämtliche Redner und Rednerinnen im Sinne des Referenten aus. In 2 Resolutionen, welche einstimmig zur Annahme gelangten, erklärten sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Genossen Meiner vollständig einverstanden und versprachen, nicht eher ruhen zu wollen, als bis von den herrschenden Klassen unseren Kindern „freies und wirkliches Wissen“ gewährt werde; ferner verpflichtete man sich, bei den Wahlen nur solche Männer zu wählen, welche auf dem sozialdemokratischen Standpunkte stehen. Weiter erklärte die Versammlung, daß die heutige herrschende Gesellschaft vollständig der wahren Sittlichkeit entbehre, was seine Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise habe. Man versprach, mit allen geschichtlichen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß dieselbe in eine sozialistische umgewandelt wird. Endlich wurde noch eine Resolution angenommen, in welcher das Bedauern darüber ausgesprochen ist, daß durch das Schießen eines Militärpostens in den letzten Tagen wieder ein Menschenleben verloren gegangen. Zum Schluß schilderte der Vorsitzende die Bedeutung des 18. März. Die Anwesenden erklärten das Andenken der Märtyrergestalten in üblicher Weise. Sodann wurde der erste Vers der Arbeiter-Marschallsehe gelesen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Herr A. Dammann-Hamburg bezeichnet in einer Zuschrift an uns die im Bericht über die letzte Versammlung der Berliner Gewerkschaften (Nr. 82, 2. Beilage des „Vorwärts“) wieder-gegebene Äußerung des Herrn Gustav Kessler-Berlin:

„Ich, dem Redner, habe Legien vorgehalten, daß er vor einer Reihe von Jahren Vertrauensmann der freisinnigen Partei gewesen sei. Daß sei richtig, er genire sich nicht, einzugehen, daß er seitdem gelernt habe. Aber an der Seite Legien's sitze Einer (Dammann), der damals als Streikbrecher nach Hamburg ging.“ — hinsichtlich des letzten Satzes unter Anführung folgender Begründung für eine Verleumdung:

„Hierzu erkläre ich, daß ich seit 1877 in Hamburg bin. Von 1877 bis zum heutigen Tage haben die Hamburger Maurer einen Streik zu verzeichnen und zwar im Jahre 1890. Zu dieser Zeit war ich beauftragter Kassierer der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“, Filiale Hamburg, und Geschäftsführer der deutschen Maurer-Organisation. Hieraus erklärt sich wohl, daß ich mit dem besten Willen kein Streikbrecher werden konnte; außerdem war ich auch zu dieser Zeit krank und vollständig arbeitsunfähig.“

**Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin.** Heute Abend 8½ Uhr Sitzung im Vereinslokal Postfachstraße 110. **Lesen und Diskutieren.** Freitag, Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Grabe, Mordenerstraße 10. — **Lesen,** bei F. König, Wilmersdr. 82. Alle Änderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung.** Freitag, Übungsstunde Abends 8 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kublitz. — Nord, Brunnenstraße 28, bei Grottel. — **Vorwärts 1,** S.O. Kollwitzstraße 21, bei Wolf. — **Kommunistischer Gesangverein,** Landsbergerstraße 21, bei Aufschold. — **Schüler- und Arbeiter-Sängerchor Berlin,** Alte Jakobstraße 75, bei Heuserlein. — **Waldschüler,** Hochstraße 22a, bei Wille. — **Gesellschaft (Wagen),** Seidestraße 20. — **Jugendfreunde,** Gartenstr. 108, bei Weisner. — **Tris,** Köpenickerstr. 172a, bei Köhler. — **Collegia,** Reichensburgerstraße 18, bei Bepfel. — **Johanni,** Mühlendammstr. 46, Seefeldstraße 18, bei Bepfel. — **Salme,** in Wilmersdr., bei Schröder. — **Blauwe Schleife,** in Wilmersdr., bei Bepfel. — **Vorwärts 2,** (Gem. Chor), Nieder-Schönhauserstr. 18, bei Bepfel. — **Sänger-Freizeit,** Mannstr. 43, bei Bepfel. — **Freizeit Club,** Kottbuscher Allee 33, bei Scholz. — **Waldschüler,** Köpenickerstr. 172a, bei Köhler. — **Waldschüler,** Köpenickerstr. 172a, bei Köhler.

**Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung.** Freitag, Berlin Gränz-Länge, bei Bauer, Wilmersdr. 4. — **Berliner Arbeitervereine** in Wilmersdr., bei Bepfel, Mordenerstraße 10. — **Tambourcorps Borussia** bei Seidestraße 20, Wilmersdr. 12 (Übungsstunde).

**Gesang-, Turn- und gesellige Vereine.** Freitag, Männer-Gesangverein Union, Abends 8 Uhr, Berliner Wilmersdr. — **Quartettverein Wedding,** Abends 8½ Uhr, bei König, Wilmersdr. 28. — **Männerchor Waldschüler,** Abends 8 Uhr, bei Wille, Wilmersdr. 87.

**Berliner Turngesellschaft.** Die erste Männerabteilung turnt Freitag und Sonntag Abends von 8-10½ Uhr in der Turnhalle des Festungs-Gymnasiums, Wilmersdr. 9-10.

**Berliner Turngesellschaft.** Die zweite Männerabteilung turnt Freitag und Sonntag Abends von 8-10½ Uhr in der Turnhalle des Festungs-Gymnasiums, Wilmersdr. 9-10. **Berliner Turngesellschaft.** Die dritte Männerabteilung turnt Freitag und Sonntag Abends von 8-10½ Uhr in der Turnhalle des Festungs-Gymnasiums, Wilmersdr. 9-10. **Berliner Turngesellschaft.** Die vierte Männerabteilung turnt Freitag und Sonntag Abends von 8-10½ Uhr in der Turnhalle des Festungs-Gymnasiums, Wilmersdr. 9-10.

## Vermischtes.

**Bismarck und der deutsche Buchhandel.** Die „Grenzboten“ rufen folgenden Senfser aus: „An dem Tage, wo dieses Heft in die Welt geht, wird ganz Deutschland von der Begeisterung der Festessen und Festkommerse widerhallen, mit denen das deutsche Volk seinen Bismarck feiert, und die Telegraphenbeamten in Friedrichstraße werden schwere Arbeit haben, allen Festjubel an den Fürsten zu übermitteln. So geht es ja schon

seit Jahren, und dies Jahr scheint sich ein ganz besonderer Deang geltend zu machen, den Geburtstag des Fürsten feierlich zu begehen und zu begießen. Daneben macht es einen merkwürdigen Eindruck, daß Bismarck, seit er gegangen ist, nicht mehr „geht“. Seit dem verhängnisvollen 18. März 1890 wird zwar an jedem 1. April immer noch festgejubelt, aber die Bücher, die über Bismarck handeln, liegen wie Blei“. Dies hängt ja unzweifelhaft mit allen patriarchalischen Sitten der Deutschen zu beiden Seiten des Rheins zusammen; sie trinken nach altem Brauche wehmützig und in Treuen immer noch ein, aber zur Vertiefung in Gedrucktes haben sie beim Kommerzieren natürlich nicht die Möglichkeit, am anderen Tage aber haben sie dann keinen Rest der verbrauchten Begeisterung mehr. Dem steht der Buchhandel machtlos gegenüber. Der Verleger dieses Blattes sieht es an dem Umstande, daß, als er eben eine neue Subscription auf das von ihm verlegte bekannte und in seiner Art klassische Buch „Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich“ von Moritz Busch zu eröffnen unternahm, von 1800 deutschen Buchhändlern, denen er sie anzeigte, nur — 324 das erste Heft zur Verbreitung verlangten; die übrigen 1476 konnten es nicht wagen, denn sie kennen ihre Pappentseimer. Aber zum Festkommerz werden sie schon gekommen sein, es sei ferne von uns, das zu bezweifeln!“ — So vergeht die Herrlichkeit der Welt. Ein Menetekel für die Anderen!

**In Brandenburg** wurde der Schuhmachergeselle Gustav Kunderle aus Litzke, der im November v. J. die 71 Jahre alte Ortskassiererin und deren 11jährige Enkelin Ottilie Wante vorfänglich ermordet, vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

**Die Posten** nehmen in Königsbrunn (Schlesien), nach der dortigen Zeitung, in erschreckender Weise zu.

**Unglück auf See.** Der Bremische Hansdampfer „Falkenburg“, von Kaplata unterwegs, kollidierte nach einer Emdener Depesche in letzter Nacht mit dem Hamburger Dampfer „Hansa“; die „Hansa“ ist gesunken. 14 Mann sind ertrunken, 12 gerettet; die „Falkenburg“ lies mit beschädigtem Bug in Delfzijl ein.

**Aus Hamburg** wird gemeldet: Die englische Bark „Grato“, welche am 12. v. M. aus Iquique hier angekommen ist, sollte aus dem Hafen für Segelschiffe nach dem Doek geschleppt werden, fiel jedoch am Eingang des Hafens um und liegt nunmehr mit der Taktelung nach dem amerikanischen Quai, ohne diesen zu berühren. 6 Personen wurden verletzt, getötet 2 Mann. Der sogenannte Kesselkörper wird vermuthlich in derselbe ertrunken. Die Feuerwehr macht zu seiner Auffindung Versuche. Die Schiffsfahrt ist nicht behindert.

**Der „Norddeutsche Lloyd“** hat die Passagepreise nach New-York und Baltimore für die deutschen Aussteller auf der Chicagoer Weltausstellung um 25 pCt. ermäßigt.

**9 Monate Gefängnis** muß ein Arbeiter in Guben wegen Gotteslästerung verbüßen. Er hatte bei einer Rede des Pastors de la Roi über den Volksschul-Gesetzentwurf einen Zwischenruf ausgestoßen, in dem das Vergehen gefunden wurde.

**Vernünftig!** Die Mainzer Stadtverordneten-Versammlung beschloß, für geistig zurückgebliebene, aber noch bildungsfähige Kinder besondere Schulklassen zu errichten und mit geeigneten Lehrkräften zu versehen. Ein Antrag des ultramontanen Stadtverordneten Nicola Radó, auch für sittlich defekte Schulkinder aparten Unterricht einzuführen, fand glücklicherweise keinen Anklang, und somit bleiben diese Armen vor dem Reingewissen bewahrt, welches ihnen aufgedrückt worden wäre, wenn man dem Verlangen jenes Ultramontanen Folge gegeben hätte.

**Einen guten Aprilwin** machte unabsichtlich das bismarckfreundliche „Fischer'sche Tageblatt“. Es schrieb über den langgehefteten „Heros des Jahreshundert“: „Er ist der erste eifrige Diplomat, der die Lüge, diese alte Hauptwaffe der Diplomatie, verschmähte. Der Löwe bedarf ja nicht die Schleichwege der Schlange, der kann offen und stolz seinen Weg gehen!“

**Einen grauenvollen Tod** fand in einer Holzschleiferei zu Neussberg ein daselbst beschäftigter Arbeiter. Er wurde als Leiche unter einer Transmissionswelle eingezwängt ausgefunden. Die beiden eisernen Schuhhaken und ein Riemen waren um den gebrochenen Körper des Todten gewickelt, die Pfosten des Schutgitters herausgerissen.

**Der Faden reißt nicht ab.** Der persönlich haftende Gesellschaftler und Direktor der Dirschauer Kreditgesellschaft, Wilhelm Preuß, ist seit einigen Tagen verschwunden, die Kasse ist polizeilich geschlossen. Bisher ist festgestellt, daß der Direktor oder ein ihm nahestehendes Individuum in Zahlung Wertpapiere im Betrage von 32000 M. veräußerte. Der Aufenthalt Weider ist unbekannt. In der Stadt herrscht über die Angelegenheit große Aufregung.

**Drei russische Spione** hat, wie aus Lemberg berichtet wird, die Gendarmerie in Rossowo verhaftet. Dieselben gehören augenscheinlich dem Offiziersstande an; in ihrem Besitze wurden zahlreiche Aufzeichnungen und Pläne, sowie genaue Berichte über militärische Dislokationen an der Grenze vorgefunden.

**In Philadelphia** ist nach kurzer Krankheit einer der renommiertesten Aerzte und Operateure des Landes, Dr. David Hayes Agnew, Professor der operativen Chirurgie an der Universität von Pennsylvania, Verfasser des dreibändigen, in fast alle Kultur Sprachen übersetzten Werkes „Principles and Practice of Surgery“, im Alter von 74 Jahren gestorben. Dr. Agnew war einer der Aerzte, welche den von Guiteau tödlich ver-

wundeten Präsidenten Garfield auf seinem letzten Schmerzenslager behandelten.

**Endatra's** altindisches fünftaktiges Drama „Wasantafusa“ in Wohl's freier Bearbeitung erzielte bei seiner Aufführung im Münchener Hoftheater einen bedeutenden Erfolg.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieß Verlag) ist soeben das 28. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Epilog. — Das politische Erwachen der russischen Arbeiter und ihre Missioner von 1891. — Die sozialpolitische Bedeutung der Getreide-Elevatoren. Von Dr. Rudolf Meyer. — Die Unfallversicherung in Oesterreich. Von Sigmund Raff. — Notizen. — Feuilleton: Mischja und Banja. Eine Episode aus dem Leben der russischen Leibeigenen von Schtschedrin. Aus dem Russischen übersetzt von Paul Stoyzinski. (Schluß.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. B. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 7 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum Gewerkschaftskongreß von Halberstadt. — Brief aus Frankreich. — Eleonore Prohaska. — Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Minna Kautsky (Fortsetzung). — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen (eingetragene in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg.

Insertatenpreis die zweispaltene Petitzeile 20 Pf.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Hamburg, 7. April.** Der Hamburger Dampfer „Hansa“ von Hamburg nach Tilbury bestimmt, ist nach einer Kollision mit dem Bremer Dampfer „Falkenburg“ in der vergangenen Nacht in der Nordsee gesunken. Von der 20 Personen betragenden Besatzung sind 7 ertrunken. Die „Falkenburg“ ist stark beschädigt in Delfzijl eingelaufen.

**Karlsruhe, 7. April.** Die zweite Kammer hat nach vier-tägiger Debatte eine Resolution zum Volksschulgesetz angenommen durch welche die ökonomische Lage der Volksschullehrer erheblich verbessert wird.

(Depeschen des Bureau Herold.)

**Paris, 7. April.** Die Staatsanwaltschaft hat mehrere der verhafteten Anarchisten wieder in Freiheit gesetzt. Diese Maßregel hat lebhafteste „Unzufriedenheit“ wachgerufen.

## Briefkasten der Redaktion.

**C. A. Cönenbrück.** Nach § 76 des Gesetzes über die Gewerbegerichts-Wahlen können die Arbeiter der Eisenbahn-Reparaturwerkstätten u. s. w. nicht von der Wahl ausgeschlossen werden. Der Paragraph lautet: Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften, sowie auf Arbeiter, welche in den unter der Militär- oder Marine-Verwaltung stehenden Betriebsanlagen beschäftigt sind.“ Die Beschwerde ist bei der höheren Verwaltungsbehörde zu erheben (§ 16 des erwähnten Gesetzes).

**Berliner Turngesellschaft.** Die Mitteilung betrefend des Solas Blumenstraße ist unklar. Welche Abtheilung turnt? **Günther.** Selbst wenn sich die „Unabhängigen“ unter einander besauren, interessieren sie uns nicht.

**Zwei Wette.** Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 hatte die Provinz Ostpreußen 1 988 132, die Stadt Berlin 1 579 244 Einwohner.

**K. S.** Wenn nicht Befonderes abgemacht ist, gilt die 14tägige Kündigung auch auf Affordarbeit.

**H. S. Hoffnung.** „Wenn Jemand Miethskontrakte fälscht, kommt er ins Gefängnis oder ins Zuchthaus. Wenn es Niemand zur Anzeige bringt, geschieht ihm gar nichts. Sie wollen das aber nicht und wünschen nur, der Mann möchte es unterlassen — dann ermahnen Sie ihn.“

**Bekannt.** In Sachen Stephan. Person bekannt, Adresse nicht. Deshalb kein Brief. Das Mat. sehr schätzbar — muß aber genau durchgesprochen werden, da der Laie sich schwer zurechtfindet. Ich bitte um Ihren nochmaligen Besuch. Aufgeschoben, nicht aufgehoben.

**Für die Arbeiter-Bildungsschule** von der Etzischen Gesellschaft 100 M., eine Wette im Feen-Palast 3 M., von Dr. Sch. 8 M. dankend empfangen.

G. Gumpel, Barnimstr. 42.

Elegante  
**Herren- u. Knaben-Garderobe**  
in allen Qualitäten und zu billigen Preisen  
empfiehlt  
**2198L**  
**Julius Lindenbaum,**  
Berlin O., Frankfurterstrasse 139.  
Spezialität: Anfertigung nach Maass.  
Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

Gegr. 1876.  
**Hüte**  
mit Kontrollmarken aus der Gewerkschafts-Gutfr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M.  
Cylinder eigener Fabrikation  
zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfehle!  
Paul Drenke Nachf., Oranienstr. 172.

Unser Komtoir und Lager befinden sich jetzt  
**SO., Brücken-Strasse 10a,**  
Fernsprech-Anschluss Amt VIII, No. 1542.  
Export-Compagnie f. Deutschen Cognac, Köln a. Eh.  
Filiale Berlin. 243L

**Meyer's, Brockhaus'**  
Verf. von Büchern, Bibliotheken kauft  
2287b  
Hannemann, Kochstr. 56 I.  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
Andreasstr. 23 S.p.  
Staare, Stieglitz 1,50, Verchen, Buchsinken, Hänslinge 1,25, rothe Tompoffen 3 M., reelle Wännschen.  
22232 F. Schuelle, Stalitzerstr. 132.  
**Dr. Hoersch,** homöopath. Arzt,  
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 3-10.

**Rohtabak!**  
Auswahl in Sumatra-Tabaken von 2 M. an,  
feinstes Java-Umblatt à Pfd. 1,10 M., prima  
Carmen à Pfd. 1,10 M. u. s. w. empfiehlt  
2212L **Carl Roland, Kottbusser Damm 33.**

**Möbel-Aufbewahrung.**  
Vollständige Einrichtung aller Möbel  
zu billigen Preisen.  
S. 127.  
BERLIN S. O., Köpenicker Str. 127.

**Gardinen-Fabrik.**  
Großes Lager gestickt u. engl. Tafel-Gardinen, Stores, weiß u. creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- u. Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.  
**E. Knappe**  
aus Eutzsch in Sachlen.  
Brunnenstraße 26, 1 Etzpe.

Staare 1,50, Finken, Rothschlen 1 M.  
Stealauer Platz 21. Lauben-, Thierhandlung und Thierausstopferei.  
**Leere V. St.** (12 M.) f. Genossen  
Wilmersdr. 44 IV. Nächtlich. 22206

**Arbeitsmarkt.**  
**Hohlschleifer**  
sofort gesucht 2225b  
**Dampfschleiferei Zeig.**  
**Plüschweber**

erhalten gute und dauernde Arbeit in  
Kopenhagen bei Nicolai Postmann.  
Reisegeld wird nicht vergütet.  
**Lüchtiger Schrifmalter,**  
geübt in Glaschildern, sofort bei hohem  
Lohn verlangt bei Garbe, Wilhelm-  
straße 113. Ebenda ein Arbeitsbursche.

Ein **Sattler,** selbständiger Wagen-  
arbeiter, für außerhalb sofort verlangt.  
Zu erf. bei Kniel, Waldemarstr. 66.  
**Flotter Klavierspieler** für Sonn-  
abend und Sonntag verl. Restaurant  
„Schneepoppe“, Rosstr. 29. 2231b

**Cöpenick.**  
Empfehle den werthen Genossen  
meine Zigarren u. Tabake eig. Fabrik.  
**G. Hoffmann,** Grünstr. 34.

Neu eröffnet!  
Restaurant zum Fr. Klosterman,  
49. Sörligerstraße 49. [2215b]

Allen werthen Genossen empfehle  
ich als ganz vorzüglich in Brand und  
Geruch meine preiswerthe [1944L]  
**5 Pf.-Cigarre No. 1**  
und die  
**6 Pf.-Cigarre No. 24.**  
**O. Stadelmann,**  
**Wiantenfelsstr. 75.**

**Rechtsbureau** des königlichen Amts-  
richters a. D., Alte  
Jakobstr. 190. Bewissenhafter Rath  
in allen Angelegenheiten. Unbemittelten  
unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L]  
Blüschgarment 100, Sopha 30, Ruher-  
betten 25, Bettstellen, Matrasen 27 M.  
22285 Feunigkeit, Holzmarktstr. 6.

E. Alt. Grüntr.-Gesch. m. Rolle muß  
sof. bill. verk. werden, ev. s. Wohnung  
Stromstr. 35. [2196V]  
**Alte Stiefeln** für Herren u. Damen  
vert. Gen. Lohmann,  
Linienstraße 8.  
1819b